FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe

Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel

Erscheinungsweise: sporadisch

Internetz: http://www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 225 Nov./3 2026

Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen, kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.

Laut ‹Allgemeine Erklärung der Menschenrechte›, verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine ‹Meinungs- und Informationsfreiheit› vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der ‹Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens›, wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.

==========

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppieren in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrügerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkbar in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

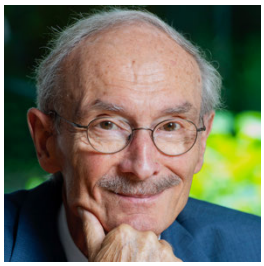
****

****

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

18.11.2027

Kommentar
Schluss mit dem Krieg! Und zwar jetzt!



Urs P. Gasche
© Peter Mosimann

Viel zu viele Menschen versinken in Trauer und Elend. Putin und Selensky müssen einsehen, dass sie ihre Ziele nicht erreichen.

Seit dem Angriff Russlands im Februar 2022 sind auf ukrainischer Seite mindestens 120'000 Menschen getötet und weitere 300'000 verletzt und noch mehr traumatisiert worden.

Auf russischer Seite sollen eine halbe Million Menschen umgekommen sein. Über eine weitere halbe Million Soldaten wurden offensichtlich so schwer verletzt, dass sie die Folgen lebenslang tragen.

Wozu dieses unermessliche Leid?

Fast täglich kommt es beidseitig zu völkerrechtswidrigen Angriffen auf zivile Infrastrukturen wie Energieanlagen. Russland greift sogar Wohnhäuser an.

Wozu diese Zerstörungen?

Kriegsziele sind in weiter Ferne

Schon seit mehr als drei Jahren herrscht im Osten der Ukraine weitgehend ein zermürbender Stellungs- oder Abnützungskrieg mit nur unbedeutenden Geländegewinnen. Damit bekommt Professor John J. Mearsheimer recht. Der Politikwissenschaftler an der University of Chicago und Experte für internationale Beziehungen und geopolitische Gesetzmässigkeiten hat diese Entwicklung bereits im Juni 2023 vorausgesagt.



Die Krim und die vier östlichen Oblaste (Verwaltungsbezirke) der Ukraine, die sich mit umstrittenen Abstimmungen der Russischen Föderation anschlossen. Gestrichelt: von Russland kontrolliert.
Dunkelgrün: von der Ukraine kontrolliert. Dazwischen verläuft in etwa die Kriegsfront. © openstreetmap

- Präsident Wladimir Putin muss endlich einsehen, dass sein Militär es nicht schafft, die vier Oblaste, also Verwaltungsgebiete, Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson im Osten der Ukraine vollständig einzunehmen und in die Russische Föderation zu integrieren. Noch viel weniger ist Russland in der Lage, die ganze Ukraine zu besetzen, falls dies je die Absicht gewesen war.
- Präsident Wolodymyr Selensky muss einsehen, dass sein Militär trotz der Hilfe der Nato-Staaten nicht in der Lage ist, die vier ostukrainischen Oblaste, die sich in umstrittenen Abstimmungen für einen Anschluss an die Russische Föderation entschieden haben, zurückzuerobern.
- Die Nato-Staaten müssen von ihrem Ziel abrücken, Russland im Ukraine-Krieg so zu schwächen, dass es den Status einer Grossmacht verliert und nie mehr in der Lage sein wird, ein anderes Land militärisch anzugreifen. Auch das Ziel eines ‹Regime Change› in Moskau ist mit Gewalt nicht zu erreichen.

Maximalforderungen gehören zur Verhandlungstaktik

Geboten ist ein sofortiger Waffenstillstand, wie ihn Selensky vorschlägt. Russland verdächtigt die Ukraine, einen solchen zum Aufrüsten zu nutzen. Tatsächlich kann ein Waffenstillstand den Konflikt nur einfrieren. Dieser kann jederzeit wieder aufbrechen.

Deshalb muss ein Waffenstillstand dazu genutzt werden, den Konflikt mit einem Friedensabkommen zu beenden. Während geheimer Verhandlungen gehören öffentlich geäusserte Maximalforderungen zur Taktik. Keine Seite will Positionen vorzeitig aufgeben.

Die Rede ist von einer neuen ‹Sicherheitsarchitektur› für Europa. Darum geht es tatsächlich. Die europäischen Länder, namentlich die osteuropäischen, möchten vor russischen Aggressionen sicher sein. Umgekehrt akzeptiert die atomare Grossmacht Russland nicht, dass entlang seiner langen Grenzen als feindlich erachtete Raketen aufgestellt werden. Wegen der kurzen Vorwarnzeiten sieht Russland seine Fähigkeit zum atomaren Gegenschlag gefährdet. Russland fühlt sich erpressbar.

Dafür haben die USA mehr Verständnis als die Länder Europas. Denn die USA würden in ganz Lateinamerika keine Raketen tolerieren, die sie als feindlich betrachten. Selbst gegen Kuba, wo keine Raketen stationiert oder geplant sind und das für die USA nicht die geringste Bedrohung darstellt, haben die USA eine völkerrechtswidrige Totalblockade verhängt.

Verschiedene Szenarien

Russland und die Ukraine müssen einsehen, dass militärisch kein Durchbruch möglich ist. Sie müssen zugestehen, dass das angerichtete menschliche Leid und die Zerstörungen schon viel zu gross sind.

Eine erhebliche Hürde, aber auch eine Voraussetzung für ein Friedensabkommen: Beide Seiten müssen das Gesicht wahren können. Beide müssen behaupten können, der bald fünfjährige Krieg habe sich für ihr Land gelohnt.

Selensky könnte argumentieren, die ukrainische Armee habe erfolgreich verhindert, dass Russland die ganze Ukraine militärisch besetzt und in Kiew eine Satellitenregierung einsetzt. Zudem stehe dem grössten Teil der stets westlich orientierten Ukraine der Weg in die EU jetzt endgültig offen. Die Ukraine könne vielleicht sogar wieder billiges Gas und Öl aus Russland beziehen. Schliesslich würden die Nato-Staaten mit einem Sicherheitsabkommen die Unabhängigkeit der Ukraine garantieren.

Putin seinerseits könnte argumentieren, die ‹militärische Sonderoperation› habe den mehrheitlich russischsprachigen und östlich ausgerichteten Einwohnern der Krim und der ehemaligen östlichen Oblaste der Ukraine den definitiven Anschluss an die Russische Föderation ermöglicht. Und die Nato-Staaten hätten zugestanden, entlang der russischen Grenzen keine Raketen zu stationieren und keine Militärstützpunkte zu errichten. In der Ukraine würden keine westlichen Truppen stationiert.

Kernpunkte von drei unterschiedlichen Szenarien könnten sein:

- Entweder: Beide Parteien akzeptieren die jetzige Frontlinie als definitive Grenze. Russland garantiert die Souveränität der Ukraine. Nato-Staaten schliessen ein Sicherheitsabkommen mit der Ukraine. Die Ukraine verzichtet auf einen Beitritt zur Nato und auf die Stationierung schwerer Waffen und westlicher Truppen auf ihrem Territorium.
- Oder: Die Ukraine überlässt Russland neben der Krim die vier Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson (‹Oblaste›) im Osten der Ukraine vollständig. Im Gegenzug kann die Ukraine Mitglied der Nato werden, wobei diese garantiert, in der Ukraine keine Raketen zu stationieren.
- Oder: Die Abstimmungen auf der Krim und in den vier Oblasten werden unter Aufsicht der OSZE oder der Uno wiederholt. Bei den Abstimmungen in den vier Oblasten könnten drei Varianten zur Wahl stehen:
  – Ein Verbleib bei der Ukraine unter der bestehenden Verfassung
  – Ein Verbleib bei der Ukraine mit einer in der Verfassung verankerten Autonomie
  – Ein Anschluss an die Russische Föderation

Das letzte Szenario der Abstimmungen würde das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Bevölkerungen respektieren. Für einen dauerhaften Frieden wäre dies die beste Voraussetzung.

Wer unterstützt die Ukraine?

Rund 383 Milliarden Euro seit 2022 – hier ist die Rangliste der grössten Geber

uncut-news.ch, November 3, 2026

Seit Beginn des Ukraine-Krieges im Februar 2022 haben die USA, die Europäische Union und zahlreiche weitere Staaten militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe in historischer Grössenordnung bereitgestellt. Doch bei den veröffentlichten Milliardenbeträgen ist Vorsicht nötig: Regierungen rechnen teilweise Flüchtlingskosten im eigenen Land, langfristige Zusagen oder noch nicht ausgezahlte Programme mit ein. Für

einen belastbaren Vergleich verwenden wir deshalb die **‹Allocations› des Ukraine Support Trackers des Kiel Instituts**. Darunter versteht Kiel Hilfen, die bereits geliefert oder konkret für Lieferung beziehungsweise Auszahlung vorgesehen sind. Flüchtlingskosten in den Geberländern werden in dieser Vergleichszahl nicht mitgerechnet.



Nach dem jüngsten Kiel-Datensatz, der den Zeitraum vom **24. Januar 2022 bis 31. August 2026** umfasst, belaufen sich die weltweit zugewiesenen staatlichen Hilfen auf rund **383 Milliarden Euro**. Davon entfallen etwa **186,5 Milliarden Euro auf militärische Hilfe**, rund **170,7 Milliarden Euro auf finanzielle Unterstützung** und etwa **26,2 Milliarden Euro auf humanitäre Hilfe**. Die Zahlen umfassen sowohl Geld als auch Sachleistungen wie Waffen, Fahrzeuge, Munition, medizinische Güter oder andere staatliche Lieferungen, deren Wert Kiel in Euro umrechnet. Private Spenden, das Rote Kreuz und andere internationale Organisationen werden in dieser Hauptstatistik nicht erfasst.
Europa hat die USA inzwischen als grössten Geberblock überholt. Nach Kiel lagen die europäischen Allokationen einschliesslich EU-Institutionen, Grossbritannien, Norwegen, der Schweiz und weiterer europäischer Staaten Ende August 2026 bei rund **237 Milliarden Euro**. Die USA kommen dagegen auf rund **115 Milliarden Euro**. Innerhalb der Europäischen Union entfallen zusammengerechnet ungefähr **200 Milliarden Euro** auf EU-Institutionen und die 27 Mitgliedstaaten. Ein erheblicher Teil der europäischen Finanzhilfe besteht allerdings aus Krediten und nicht aus nicht rückzahlbaren Zuschüssen. Das Europäische Parlament weist darauf hin, dass rund 86 Prozent der finanziellen Unterstützung der EU-Institutionen in Form von Darlehen erfolgt.

Welche Länder haben wie viel zugewiesen?

Die folgende Tabelle zeigt die **Kiel-Vergleichszahl für tatsächlich zugewiesene bilaterale Hilfe**, Stand 31. August 2026. Die Beträge sind gerundet. Bei den EU-Institutionen handelt es sich um einen zusätzlichen Geber neben den einzelnen Mitgliedstaaten – die deutschen, französischen oder polnischen Beträge sind darin also nicht enthalten.

Geber	Zugewiesene Hilfe seit 2022
USA	**ca. 115 Mrd. €**
EU-Institutionen	**ca. 100 Mrd. €**
Deutschland	**30,8 Mrd. €**
Grossbritannien	**22,8 Mrd. €**
Kanada	**14,9 Mrd. €**
Japan	**14,4 Mrd. €**
Dänemark	**11,7 Mrd. €**
Norwegen	**11,5 Mrd. €**
Schweden	**11,3 Mrd. €**
Niederlande	**11,2 Mrd. €**
Frankreich	**7,9 Mrd. €**
Polen	**5,9 Mrd. €**
Italien	**4,3 Mrd. €**

Finnland	**3,8 Mrd. €**
Belgien	**3,3 Mrd. €**
Spanien	**2,6 Mrd. €**
Litauen	**1,5 Mrd. €**
Schweiz	**ca. 1,4 Mrd. €**
Australien	**1,1 Mrd. €**
Estland	**964 Mio. €**
Slowakei	**753 Mio. €**
Lettland	**727 Mio. €**
Tschechien	**638 Mio. €**
Irland	**639 Mio. €**
Südkorea	**559 Mio. €**
Rumänien	**538 Mio. €**
Portugal	**385 Mio. €**
Luxemburg	**376 Mio. €**
Kroatien	**374 Mio. €**
Österreich	**260 Mio. €**
Bulgarien	**256 Mio. €**
Slowenien	**185 Mio. €**
Griechenland	**169 Mio. €**
Island	**101 Mio. €**
Neuseeland	**83 Mio. €**
Türkei	**70 Mio. €**
Taiwan	**57 Mio. €**
Ungarn	**54 Mio. €**
Zypern	**ca. 5 Mio. €**
Indien	**ca. 3 Mio. €**
China	**ca. 2 Mio. €**
Malta	**ca. 1 Mio. €**

Die Grössenordnung zeigt, wie stark sich die Gewichte seit 2022 verschoben haben. Die USA bleiben mit rund 115 Milliarden Euro der mit Abstand grösste einzelne Staat. Deutschland folgt mit 30,8 Milliarden Euro, danach Grossbritannien mit 22,8 Milliarden. Besonders hohe Beträge kommen ausserdem aus Kanada, Japan sowie den nordischen Staaten Dänemark, Norwegen und Schweden. Gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung gehören gerade die baltischen und nordischen Länder zu den grössten Unterstützern.

Deutschland: Warum von 100 Milliarden plötzlich nur 30,8 Milliarden übrigbleiben

Wie wichtig die genaue Definition ist, zeigt Deutschland besonders deutlich. Die Bundesregierung hatte ihre Ukraine-Unterstützung mit rund **100 Milliarden Euro** angegeben. Das Kiel Institut untersuchte diese Zahl im Oktober 2026 und kam zu einem deutlich anderen Ergebnis: Nur rund **41,7 Milliarden Euro** liessen sich überhaupt als tatsächliche bilaterale Hilfe für die Ukraine einordnen. Rund **35,9 Milliarden Euro wurden in Deutschland ausgegeben**, überwiegend für ukrainische Flüchtlinge. Weitere **22 Milliarden Euro** bestehen aus zukünftigen Militärzusagen.

Auch die 41,7 Milliarden Euro sind nicht identisch mit den 30,8 Milliarden in der Tabelle. Kiel berücksichtigt bei den 41,7 Milliarden auch bereits haushalterisch vorgesehene beziehungsweise nachvollziehbar der Ukraine zugerechnete Leistungen; die strengere Tracker-Kategorie ‹Allocations› liegt derzeit bei rund 30,8 Milliarden Euro. Genau deshalb ist es problematisch, pauschal von ‹100 Milliarden für die Ukraine› zu sprechen. Das Kiel Institut selbst bezeichnet diese Darstellung als irreführend, wenn sie als bilaterale Hilfe an die Ukraine ausgegeben wird.

Schweiz: Nicht 5,8 Milliarden gingen in die Ukraine

Ähnlich verhält es sich bei der Schweiz. In breiteren Statistiken tauchen Summen von mehreren Milliarden Franken auf. Das bedeutet jedoch nicht, dass dieses Geld an die ukrainische Regierung überwiesen wurde. In der Kiel-Vergleichszahl werden der Schweiz bis Ende August 2026 rund **1,4 Milliarden Euro** bilaterale

Hilfe zugerechnet. Darunter fallen vor allem humanitäre und finanzielle Leistungen; die Schweiz liefert aufgrund ihrer Neutralitätsregeln praktisch keine klassische militärische Hilfe.
Die deutlich höheren Schweizer Gesamtsummen entstehen vor allem dadurch, dass Kosten für ukrainische Flüchtlinge mit Schutzstatus S innerhalb der Schweiz hinzugerechnet werden. Genau diese Kosten gehören nicht in eine Tabelle, die beantworten soll, wie viel Hilfe tatsächlich der Ukraine beziehungsweise für Massnahmen in der Ukraine zugewiesen wurde. Deshalb steht die Schweiz in dieser Übersicht mit rund **1,4 Milliarden Euro** und nicht mit 5,8 oder 6 Milliarden.

Die EU nennt selbst 231,5 Milliarden Euro – aber diese Zahl misst etwas anderes

Die Europäische Kommission und der Rat der EU verwenden eine breitere Rechnung. Nach dem aktuellsten Stand nennen sie **231,5 Milliarden Euro Unterstützung durch die EU und ihre Mitgliedstaaten seit Kriegsbeginn**. Davon entfallen **117,3 Milliarden Euro auf Mittel, die aus dem EU-Haushalt bereitgestellt oder garantiert wurden**, **77,9 Milliarden Euro auf militärische Unterstützung**, **15,5 Milliarden Euro auf finanzielle, wirtschaftliche und humanitäre Hilfe einzelner Mitgliedstaaten**, **17 Milliarden Euro auf die Versorgung ukrainischer Flüchtlinge innerhalb der EU** und **3,8 Milliarden Euro auf Erlöse aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten**.
Diese 231,5 Milliarden Euro lassen sich deshalb nicht direkt mit den Kiel-Zahlen vergleichen. Allein die 17 Milliarden Euro Flüchtlingskosten wurden innerhalb der EU ausgegeben. Ausserdem enthalten die 117,3 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt zahlreiche Kredite und Garantien. Dazu zählen unter anderem **43,9 Milliarden Euro über die Ukraine Facility**, **43,3 Milliarden Euro makrofinanzielle Hilfe** und **19,8 Milliarden Euro aus dem neuen Ukraine Support Loan**.
Und die Finanzierung geht weiter. Die EU hat zusätzlich ein **90-Milliarden-Euro-Darlehen für 2026 und 2027** beschlossen. Es soll sowohl den ukrainischen Staatshaushalt als auch Verteidigungsausgaben absichern. Ein grosser Teil dieses Betrags ist in den Kiel-Allokationen noch nicht enthalten, solange die entsprechenden Mittel nicht konkret zugewiesen werden. Das ist ein weiterer Grund, Zusagen und tatsächlich zugewiesene Hilfe nicht miteinander zu vermischen.
Die nüchterne Bilanz lautet deshalb: **Seit Anfang 2022 wurden der Ukraine nach der vergleichbaren Kiel-Methode rund 383 Milliarden Euro staatliche militärische, finanzielle und humanitäre Hilfe zugewiesen. Rund 237 Milliarden davon kommen inzwischen aus Europa, etwa 115 Milliarden aus den USA. Innerhalb der EU tragen sowohl Brüssel als auch die einzelnen Mitgliedstaaten erhebliche Summen bei.**
Das sind enorme Beträge – aber sie sind nicht identisch mit Bargeldüberweisungen an Kiew. Ein grosser Teil besteht aus Waffen, Krediten und Sachleistungen. Umgekehrt sind in den 383 Milliarden auch keine milliardenschweren Flüchtlingskosten innerhalb Deutschlands, der Schweiz oder anderer Staaten enthalten. Wer seriös über die Kosten der Ukraine-Unterstützung sprechen will, muss deshalb immer dazusagen, **ob von tatsächlich zugewiesener Hilfe, zukünftigen Zusagen, Krediten, Waffenwerten oder Ausgaben für Flüchtlinge im eigenen Land die Rede ist.**
Quellen:

- **Kiel Institut für Weltwirtschaft – Ukraine Support Tracker, Stand August 2026:** https://www.kielinstitut.de/de/forschung/themen/krieg-gegen-die-ukraine/ukraine-support-tracker/
- **Kiel Institut – Analyse der deutschen 100-Milliarden-Euro-Angabe:** https://www.kielinstitut.de/de/medien/aktuelles/ukraine-support-tracker-von-deutschlands-100-milliarden-gingen-nur-41-milliarden-in-die-ukraine/
- **EU-Kommission – EU assistance to Ukraine:** https://commission.europa.eu/topics/eu-solidarity-ukraine/eu-assistance-ukraine_en
- **Rat der Europäischen Union – finanzielle Unterstützung für die Ukraine:** https://www.consilium.europa.eu/en/policies/ukraine-solidarity-financial-support/
- **Europäisches Parlament – aktueller Stand der EU-Unterstützung:** https://eprs.europarl.europa.eu/contents/publications/EPRS/2026/05/EPRS_BRI%282025%29775834.html?locale=EN
- EDA – Unterstützung des Bundes für die vom Krieg in der Ukraine betroffenen Menschen: Dort steht ausdrücklich: Bis **31. Dezember 2025** insgesamt **6,08 Mrd. CHF**, davon **5,14 Mrd. CHF für Schutzstatus-S-Kosten in der Schweiz** und rund **900 Mio. CHF für internationale Zusammenarbeit in der Ukraine und der Region**; davon gingen wiederum rund **80 Mio. CHF in Nachbarländer**, insbesondere Moldau. EDA
  Für das geplante **5-Milliarden-Franken-Wiederaufbauprogramm bis 2036** ist dies die offizielle Bundesratsquelle: Bundesrat – Wiederaufbau der Ukraine bis 2036 mit 5 Milliarden Franken unterstützen admin.ch

Quelle: https://uncutnews.ch/wer-unterstuetzt-die-ukraine-rund-383-milliarden-euro-seit-2022-hier-ist-die-rangliste-der-groessten-geber/

Kommentar Nuuan

Nuuan Gemäss unseren sehr genauen Abklärungen ergründeten wird, dass der Ukrainekrieg infolge eines militärischen Angriffs Russlands auf den Staat Ukraine hervorgegangen ist, der jedoch innerhalb 73 Tagen beendet worden wäre, wenn durch die Kriegslüsternheit der ukrainischen Präsidentschaft und die wider-

sinnigen, verantwortungslosen und vernunftlosen Finanzierungsmachenschaften vieler Staaten der Erde nicht parteiergreifend Einfluss nehmend vorgegangen wären, was bis heute der Fall ist. Besonders Europa provoziert damit Aufstand und Krieg, was wir als Verbrechen an den eigenen Völkern verstehen und auch als solches zu nennen haben. Wie wir in langzeitiger Erforschung ergründeten, war die Präsidentschaft Amerikas berechnenderweise die treibende Kraft, und zwar indem wider alle die früheren Versprechungen Amerikas im Jahr 1990, dass nichts erfolgen werde bezüglich den Staaten Osteuropas, dass diese unter den Schutz Amerikas gestellt würden wie wir eindeutig durch Zeitverschiebungen ergründet haben, und zwar indem wir ungesehen und unbemerkt anwesend waren, als die Verhandlungen durchgeführt wurden. Es sind Amerikas unehrliche Politiker, die durch Lügen versuchen, alles Wahrheitliche zu bestreiten, und zwar speziell durch die amerikanische Präsidentschaft, die zweifellos durch Amerikas Präsidentschaft von Harry S Truman 1948 gegründete NATO-Organisation, in einer widerrechtlichen und für Russland und dessen Freiheit gefährlichen Osterweiterung im Staat Ukraine zu stationieren. Das Ganze beruhte auf einer hinterhältigen Gesinnung der damaligen amerikanischen Präsidentschaft eines Mannes Namens George Bush, der durch Regierungsvertreter Amerikas bemüht war, an der entsprechenden Konferenz lügenhaft eine Erweiterung der Amerikanischen Interessen bezüglich der Oststaaten Europas zu bestreiten, obwohl dieser Präsident Sinnes war, einerseits Russland demoralisierend zu erniedrigen, anderseits Russland durch ein Versagen der eigenen Initiative und Macht derart zu schwächen, um dies im Lauf der Zeit weiter und weiter tun zu können gemäss dem im wirren Weltmachtwahn verankerten Grundbestreben den Staat Russland dereinst in das ‹Welt-Grossreich-Amerika› einfügen zu können, wie das seit 1917 der Elite Amerikas vorschwebt, wie wir, Detlal, Rel, Oldjn, Wajkar und ich, Nuuan, über die vergangene Zeit ergründet haben. Dabei waren wir bis zur Zeit vor der Amerika-Staatengründung 1776 zurückgegangen und ergründeten, dass dieses grosse Land den indogenen Völkern durch Einwanderer gestohlen und besiedelt und die Indogenvölker durch Kriege usw. vielfach ermordet wurden. Die indogenen Völker hatten für das grosse Land keinen Namen und wussten auch nichts von dessen Grösse und dass dieses hinunter bis Basilien reichte, sondern sie kannten nur ihre Gegenden und Gebiete und benannten diese nach Sammelbegriffen und Teilbegriffen. Die Bezeichnung Amerika entstand erst nachdem dieses ‹entdeckt› und durch Einwanderer sehr viele der Indogenen ermordet und ihnen das Land gestohlen und besiedelt wurde. Das Land Amerika, als es 1776 gegründet wurde, fand schon bei ab damals bei den amerikanischen Staatsführungen und deren gesamten jeweiligen Eliten das Aufkommen der Wahnidee des Wahnbestrebens des ‹Welt-Gross-Amerikas›, jedoch nicht in dem Mass, wie dies seit 1917 existiert, was seit damals mit bösem Hass gegen Russland verbunden ist, den Amerika auf der gesamten Erde hinterhältig schürt und der dazu führen soll, dass Russland eines Tages in das ‹Welt-Gross-Amerika›, eingeordnet werden könne.

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

14.11.2026



Iran hat die bisherige Beschränkung seiner Raketenreichweite aufgehoben.
© weyo/Depositphotos

Der Krieg kommt näher

Iran hebt die Beschränkung der Reichweite seiner Raketen auf; damit gerät Westeuropa ins Visier.

German Foreign Policy

Der Irankrieg droht im Fall eines erneuten Angriffs der USA und Israels auf Teile Europas überzugreifen. Das bestätigen nicht nur aktuelle Ankündigungen der iranischen Revolutionsgarde, sondern auch überstürzte Abzugsbewegungen einer zunehmenden Anzahl an US-Militärflugzeugen von Stützpunkten in

Grossbritannien. Seit Montag früh hat die US-Luftwaffe über ein Dutzend Flugzeuge – vor allem Tankflugzeuge – von der Air Base Mildenhall in Ostengland entfernt, nachdem dort offenbar ernstzunehmende Bedrohungen festgestellt worden waren. Dies war bereits Anfang Oktober am Luftwaffenstützpunkt Fairford in Englands Südwesten geschehen, wo US-Langstreckenbomber stationiert waren; dort wurde über Angriffe mit Drohnen spekuliert, die – nach dem Vorbild der ukrainischen Operation Spiderweb – auf Initiative Irans in England selbst gestartet würden. Nun kommt noch hinzu, dass Teheran am Wochenende mitgeteilt hat, die bisher gültige Beschränkung seiner Raketenreichweite auf 2000 Kilometer aufzuheben. Damit gerieten auch Ziele in Westeuropa ins Fadenkreuz der Raketen. All dies bestätigt die Notwendigkeit einer diplomatischen Lösung des Konflikts, wie sie Staaten in Mittelost bereits heute anstreben.

Parallelen zur Operation Spiderweb

Am 4. Oktober hatten die US-Streitkräfte alle ihre Langstreckenbomber vom Typ B-1, die sie auf dem Luftwaffenstützpunkt Fairford in Südwestengland stationiert hatten, in einer offenkundig überstürzten Aktion abgezogen und zurück in die Vereinigten Staaten geholt. Der Anlass war Berichten zufolge eine nicht näher beschriebene Drohung, die Bomber ernsthaft zu beschädigen oder gar zu zerstören. Eine Woche zuvor, in der Nacht auf den 27. September, waren in unmittelbarer Nähe zur Air Base Fairford fünf Männer aufgegriffen worden. Der Verdacht, sie könnten einen Terroranschlag geplant haben, erhärtete sich nicht.[1] Allerdings waren äusserliche Parallelen zur Operation Spiderweb zu erkennen. In deren Rahmen hatten ukrainische Geheimdienstler dafür gesorgt, dass Fahrer in Russland – wohl unwissentlich – Lkw mit über 100 Drohnen in die Nähe vier russischer Luftwaffenstützpunkte brachten; dort wurden die Drohnen am 1. Juni 2025 per Fernsteuerung auf russische Militärjets gelenkt. Bis zu zwei Dutzend Jets wurden dabei zerstört; weitere wurden beschädigt.[2] Britische Stellen wollen Belege dafür haben, dass die fünf Männer am 27. September von iranischen Stellen mit drei Lieferwagen nach Fairford geschickt wurden – angeblich gegen Geld und ohne jede Kenntnis der tatsächlichen Auftraggeber, aber eben auch ohne Waffen.[3] Demnach sollte bloss demonstriert werden, wie verwundbar die Air Base Fairford sei.

Zentrale Luftwaffenstützpunkte

Seit Montag früh haben die US-Streitkräfte nun auch Flugzeuge vom Luftwaffenstützpunkt Mildenhall in Ostengland abgezogen. Nach Angaben der BBC handelt es sich um insgesamt mehr als ein Dutzend Maschinen – mehrheitlich Tankflugzeuge vom Typ Boeing KC-135, aber auch drei Senkrechtstarter vom Typ Boeing V-22 Osprey, die sämtlich bis Dienstagnachmittag die Air Base verliessen. Mindestens sechs Tankflugzeuge landeten letzten Endes auf Luftwaffenstützpunkten in Deutschland, mindestens vier von ihnen in Spangdahlem, mindestens eines in Ramstein. Vier wurden auf den Luftwaffenstützpunkt Morón in Spanien verlegt.[4] US-Medien berichten unter Bezug auf US-Regierungsquellen, es habe wieder ernstzunehmende Bedrohungen gegen die Basis gegeben; deren genaue Natur sei umstritten, doch herrsche Einigkeit, dass Iran dahinterstecke.[5] Mildenhall ist der zentrale Stützpunkt für US-Tankflugzeuge in Europa – ganz so, wie Fairford der zentrale Stützpunkt für B-1-Langstreckenbomber ist. Keine zehn Kilometer von Mildenhall entfernt liegt die Air Base Lakenheath – der dritte zentrale Luftwaffenstützpunkt in Grossbritannien, auf dem zahlreiche Kampfjets der Modelle F-15 und F-35 stationiert sind.[6] Berichten zufolge haben die US-Streitkräfte auf der Air Base Lakenheath inzwischen auch Atomwaffen gelagert.[7]

Europa im Fadenkreuz

Nachvollziehbare Belege für tatsächliche oder angebliche iranische Drohungen gegen die Luftwaffenstützpunkte in Grossbritannien sind öffentlich nicht bekannt. Bekannt ist aber, dass Irans Oberster Anführer Mojtaba Khamenei Ende Oktober angekündigt hat, im Fall eines erneuten US-amerikanisch-israelischen Angriffs auf sein Land werde es eine «sofortige wirkungsvolle Reaktion» geben – und zwar «ohne geografische Beschränkungen».[8] Die Warnung besage, so erläuterte es der iranische Parlamentsabgeordnete und Ex-Aussenminister Manouchehr Mottaki, dass US-Stützpunkte in Europa angegriffen werden könnten, darunter solche in Grossbritannien, Deutschland und Italien.[9] Bislang hat Iran sich darauf beschränkt, im Verlauf der heissen Phase des Krieges US-Stützpunkte in Nah- und Mittelost anzugreifen; weitere Ziele in den Ländern der Arabischen Halbinsel kamen hinzu.[10] Die Ankündigungen von Khamenei und Mottaki zeigen, dass bei erneuten Angriffen der USA und Israels auf Iran auch Europa ins Fadenkreuz iranischer Gegenschläge gerät – jedenfalls diejenigen Länder, deren Militärstützpunkte zentrale Bestandteile der US-Kriegsführung sind. Deutschland gehört dazu.

Reichweitenbeschränkung aufgehoben

Dabei würde sich Iran möglicherweise nicht darauf beschränken, Angriffe vom Territorium der jeweiligen Länder Europas aus zu starten – nach dem Vorbild der ukrainischen Operation Spiderweb bei der russische Luftwaffenstützpunkte von russischem Territorium aus attackiert wurden. Am [vergangenen – Red.] Samstag teilte der Sprecher der Revolutionsgarde, Hossein Mohebbi, mit, die bislang gültige Beschränkung der Reichweite von Irans ballistischen Raketen auf maximal 2000 Kilometer sei «aufgehoben worden».[11]

Schon die aktuelle Reichweite von rund 2000 Kilometern würde es Teheran erlauben, Ziele in Südosteuropa anzugreifen – so etwa Ziele in Bulgarien. Auf dem bulgarischen Luftwaffenstützpunkt Bezmer hatten die US-Streitkräfte im Juli mit Erlaubnis der bulgarischen Regierung und des Parlaments zwei Tankflugzeuge vom Typ KC-135 stationiert – ganz erheblich näher am mittelöstlichen Einsatzort. Proteste aus der Bevölkerung und iranische Mitteilungen, man betrachte die Air Base Bezmer wegen der Kriegsbeteiligung der dort stationierten Tankflugzeuge als legitimes Kriegsziel, führten dazu, dass die beiden Tankflugzeuge schon nach nur einem Monat wieder abgezogen wurden.[12] Allerdings hiess es damals noch, realistische Risiken, von iranischen Raketen getroffen zu werden, bestünden lediglich für Ziele in Südosteuropa.

Bis nach Westeuropa

Das könnte sich nun ändern. Bereits im März hatte für Aufsehen gesorgt, dass zwei Raketen, aus Iran kommend, in Richtung auf die rund 4000 Kilometer entfernte Insel Diego Garcia im Indischen Ozean flogen; auf Diego Garcia, einer britischen Kolonie, befindet sich einer der bedeutendsten US-Militärstützpunkte ausserhalb der Vereinigten Staaten. Eine Rakete stürzte vorzeitig ab, die andere wurde abgeschossen. Teheran stritt ab, etwas mit den Raketen zu tun zu haben, und sprach von einer ‹israelischen False-Flag-Operation›.[13] Auch nichtwestliche Experten haben allerdings Zweifel an dieser Behauptung und rechnen eher damit, Iran habe sein Potenzial demonstrieren wollen. Unabhängig davon geht der Raketenspezialist Markus Schiller von der Universität der Bundeswehr in München davon aus, schon die erstmals 2017 getestete Khorramshahr-Rakete könne mehr als 2000 Kilometer weit fliegen; Iran habe sie damals mit einem schweren Gefechtskopf versehen, was ihre Reichweite verringert habe.[14] Beobachter urteilen, Teheran habe dies aus Rücksicht auf die Staaten Westeuropas getan, da es bei ihnen noch auf eine gewisse Kooperationsbereitschaft gehofft habe. Heute könne Iran nicht nur leichtere Gefechtsköpfe auf seine Khorramshahr-Raketen montieren, um eine grössere Reichweite zu erzielen, erläutert Schiller. Es habe auch die Option, die Trägerraketen vom Typ Qased und Soljanah so zu modifizieren, dass es mit ihnen Europa attackieren könne.

Diplomatische Lösung

Damit nimmt das Risiko zu, dass Europa – auch die Bundesrepublik – im Fall einer erneuten Kriegseskalation direkt angegriffen werden könnte. Das verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit, mit allen Mitteln nach einer diplomatischen Lösung des Konflikts zu suchen, um seine ungebremste Ausbreitung auch nach Europa zu verhindern. Mehrere Staaten der Region arbeiten längst an einer derartigen Lösung, punktuell unterstützt von China.[15] Die Staaten Europas aber nehmen nicht daran teil.

[1] Fiona Hamilton, Mario Ledwith, Emma Yeomans, David Charter: RAF Fairford suspects released on bail after no explosives found. thetimes.com 28.09.2026.
[2] Thomas Newdick: Confirmed Losses Of Russian Aircraft Mount After Ukrainian Drone Assault. twz.com 04.06.2025.
[3] Tom Ball: Iranian handler ‘sent vans carrying petrol barrels to RAF Fairford’. thetimes.com 27.10.2026.
[4] Shelby Holliday, Alexander Ward: U.S. Aircraft Evacuated From Second U.K. Base Due to Iran Threat. wsj.com 09.11.2026.
[5] Craig Hoyle, Harriet Whitehead, Frank Gardner: More than 12 US military aircraft leave second UK base. bbc.co.uk 10.11.2026.
[6] Rachael McMenemy, Rob Corp: How did Mildenhall become crucial to the US Air Force? bbc.co.uk 10.11.2026.
[7] S. dazu Im Zeitalter der Atomwaffen (II).
[8] Khamenei orders immediate response to any threat ‘without geographical limitations’. middleeasteye.net 31.10.2026.
[9] Samer Al-Atrush: Iran threatens US bases in Europe if Trump orders new strikes. thetimes.com 02.11.2026.
[10] S. dazu Neue Bündnisse in Mittelost.
[11] Heba Habib: Iran lifts 2,000km limit on its ballistic missiles: What that means. aljazeera.com 10.11.2026.
[12] Two US tanker aircraft leave Bulgaria a month after deployment upset Iran. reuters.com 22.08.2026
[13] Heba Ha
[14] Friederike Böge: Bedrohen Irans Raketen jetzt auch Europa? Frankfurter Allgemeine Zeitung 10.11.2026.
[15] S. dazu Neue Bündnisse in Mittelost.

Themenbezogene Interessenbindung der Autorin/des Autors

Dieser Beitrag erschien zuerst auf der Online-Plattform ‹german-foreign-policy.com›. Diese ‹Informationen zur Deutschen Aussenpolitik› werden von einer Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler zusammengestellt, die das Wiedererstarken deutscher Grossmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet kontinuierlich beobachten. Vorspann von der Redaktion.

Aktuell: Milliarden für die Ukraine reichen nicht – Brüssel treibt jetzt auch den EU-Beitritt voran-

uncut news.ch, November 18, 2026



depositphotos.com

Die Rede von EU-Ratspräsident António Costa vom 16. November 2026 ist vor allem deshalb interessant, weil sie die Aufnahme der Ukraine, Moldaus und weiterer Staaten als strategisches Ziel Europas darstellt. Doch die wirtschaftlichen Folgen dieser Erweiterung kommen in seiner Argumentation deutlich zu kurz.
Die entscheidende Frage lautet: Wer finanziert eine grössere EU, wenn die bestehenden Mitgliedstaaten bereits unter Haushaltsdruck stehen und gleichzeitig immer neue Milliarden für die Ukraine bereitstellen?
Eine Untersuchung für das Europäische Parlament zeigt, dass ein ukrainischer EU-Beitritt je nach Berechnung zusätzliche Nettokosten von 11,4 bis 19,6 Milliarden Euro jährlich verursachen könnte. Diese Beträge sind Schätzungen unter bestimmten Annahmen, keine beschlossenen Ausgaben.

1. Costa spricht über geopolitische Macht – die finanziellen Verpflichtungen bleiben offen

Costa stellt die EU-Erweiterung als Investition in Sicherheit, Stabilität und wirtschaftliche Stärke dar. Seine Argumentation folgt einer klaren geopolitischen Logik: Je mehr Staaten zur Europäischen Union gehören, desto grösser soll ihr politischer und wirtschaftlicher Einfluss werden.
Die Ukraine nimmt dabei eine besondere Rolle ein. Ihre Mitgliedschaft würde die EU nicht nur geografisch erweitern, sondern sie auch langfristig mit dem Wiederaufbau eines vom Krieg schwer beschädigten Landes verbinden.
Das bedeutet allerdings nicht automatisch, dass sämtliche Wiederaufbaukosten vom EU-Haushalt getragen werden müssten. Wer welche Ausgaben übernimmt, hängt von künftigen politischen Entscheidungen, internationalen Finanzierungen und möglichen Friedensregelungen ab.
Was Costa in seiner Rede nicht liefert, ist eine konkrete Finanzierungsrechnung für den Beitritt der Ukraine. Gerade diese wäre notwendig, um den Bürgern die langfristigen Verpflichtungen nachvollziehbar darzustellen. Consilium

2. Die Kosten: Was die Untersuchungen tatsächlich zeigen

Geschätzte jährliche Nettokosten
11,4–19,6 Mrd. €
Ukrainischer EU-Beitritt, je nach Modell
Mögliche Agrarförderung
85–96,5 Mrd. €
Über sieben Jahre, je nach Berechnung

Die Beträge stammen aus unterschiedlichen Studien und dürfen nicht einfach addiert werden.
Die Landwirtschaft ist einer der grössten Streitpunkte. Die Ukraine verfügt über rund 37 Millionen Hektar Ackerland. Würden ukrainische Betriebe nach ähnlichen Regeln wie heutige EU-Landwirte gefördert, könnte dies die bestehenden Agrarsubventionen erheblich verändern.
Eine Studie des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2025 simuliert, dass bei konstantem Agrarbudget die Fördermittel der bisherigen Mitgliedstaaten im Durchschnitt um etwa 15 Prozent sinken könnten. Alternativ müsste die EU mehr Geld bereitstellen oder Übergangsregelungen schaffen. europarl.europa.eu
Damit stehen drei grundsätzliche Möglichkeiten im Raum: höhere Beiträge der Mitgliedstaaten, Umschichtungen zulasten bisheriger Empfänger oder eine Reform der Förderregeln.
Keine dieser Varianten ist kostenlos oder politisch konfliktfrei.

3. Die EU zahlt bereits Milliarden – auch ohne Mitgliedschaft

Die finanziellen Verpflichtungen beginnen nicht erst mit einem möglichen Beitritt. Nach Angaben der Europäischen Kommission hatten die EU und ihre Mitgliedstaaten bis Anfang November 2026 insgesamt 235,9

Milliarden Euro an Unterstützung für die Ukraine bereitgestellt. Diese Summe umfasst unterschiedliche Formen der Hilfe und darf nicht mit direkten Haushaltszuschüssen gleichgesetzt werden.
Allein die Ukraine-Fazilität sieht bis zu 50 Milliarden Euro für die Jahre 2024 bis 2027 vor. Hinzu kommt ein 2026 eingerichtetes Darlehensprogramm über 90 Milliarden Euro. Enlargement and Eastern Neighbourhood+1
Noch deutlicher wird die finanzielle Spannung beim nächsten EU-Haushalt für 2028 bis 2034. Deutschland drängt darauf, die Unterstützung der Ukraine gemeinsam zu finanzieren. Bundeskanzler Friedrich Merz hat Berichten zufolge sogar damit gedroht, den künftigen EU-Haushalt zu blockieren, sollten einzelne Mitgliedstaaten sich nicht an der Finanzierung beteiligen. Mehrere Regierungen wehren sich dagegen.
Hier entsteht ein grundlegender Konflikt: Die EU will ihre geopolitischen Verpflichtungen ausweiten, während die Mitgliedstaaten gleichzeitig über die Verteilung der bestehenden Kosten streiten.

4. Wer müsste bezahlen – Deutschland, Frankreich und die übrigen Nettozahler?

Die finanziellen Auswirkungen wären nicht für alle EU-Länder gleich. Wohlhabendere Mitgliedstaaten finanzieren einen erheblichen Teil des Gemeinschaftshaushalts. Eine Aufnahme wirtschaftlich schwächerer Länder würde die Verteilung der Fördermittel verändern.
Dabei könnten nicht nur Nettozahler stärker belastet werden. Auch bisherige Empfänger von Agrar- und Regionalhilfen könnten weniger Geld erhalten, wenn die EU ihre Ausgabenobergrenzen nicht entsprechend anhebt.
Eine Analyse des Europäischen Parlaments kommt in einem Erweiterungsszenario zu dem Ergebnis, dass 15 Mitgliedstaaten bei der Kohäsionsförderung Einbussen von 24 Prozent verzeichnen könnten. Das ist eine Modellrechnung, keine beschlossene Kürzung. europarl.europa.eu
Für die Bürger könnte sich die Finanzierung indirekt über höhere nationale Beiträge, veränderte Haushaltsprioritäten oder zusätzliche Einnahmequellen bemerkbar machen. Eine automatische EU-Steuererhöhung folgt daraus allerdings nicht.

5. Was wäre der wirtschaftliche Nutzen?

Eine vollständige Analyse muss auch die möglichen Vorteile berücksichtigen. Ein EU-Beitritt könnte Investitionen erleichtern, Lieferketten erweitern, den Handel fördern und den Wiederaufbau der Ukraine unterstützen.
Das Forschungsinstitut CEPS argumentiert in einer Untersuchung von 2026, dass die Kosten weiterer Beitritte mit Ausnahme der Ukraine vergleichsweise begrenzt wären. Auch bei der Ukraine könnten Übergangsfristen, Förderobergrenzen und Reformen die Haushaltsbelastung reduzieren. Ein Aufschub des Beitritts würde zudem die bereits laufende finanzielle Unterstützung nicht automatisch beenden. CEPS
Der wirtschaftliche Nutzen wäre jedoch von der politischen Stabilität, der Sicherheitslage und erfolgreichen Reformen abhängig. Er lässt sich deshalb nicht einfach gegen die geschätzten Haushaltskosten aufrechnen.

6. Die eigentliche politische Frage: Erweiterung vor Reform?

Costa setzt auf eine grössere Union als geopolitischen Machtfaktor. Doch schon heute sind Entscheidungen über Sanktionen, Finanzierungen und gemeinsame Aussenpolitik innerhalb der EU häufig umstritten.
Mit weiteren Mitgliedstaaten könnten solche Konflikte zunehmen, insbesondere dort, wo Einstimmigkeit erforderlich ist. Umgekehrt könnte eine grössere Union wirtschaftlich und international mehr Gewicht gewinnen. Die Ukraine müsste vor einem Beitritt ausserdem die erforderlichen Reformen umsetzen. Trotz der Fortschritte in den Verhandlungen ist eine Mitgliedschaft weder beschlossen noch mit einem verbindlichen Beitrittsdatum versehen.

Fazit: Brüssel verspricht geopolitische Stärke – die Rechnung ist noch offen

António Costa wirbt für eine EU, die durch neue Mitgliedstaaten grösser, einflussreicher und sicherer werden soll. Die damit verbundenen Kosten sind jedoch keine Nebensache.
Die vorliegenden Untersuchungen zeigen, dass insbesondere eine ukrainische Mitgliedschaft erhebliche Veränderungen bei Agrarsubventionen, Regionalförderung und nationalen Beiträgen erforderlich machen könnte.
Costa liefert in seiner Rede eine geopolitische Begründung für die Erweiterung. Eine belastbare Antwort auf die Frage, wer die langfristigen Kosten trägt, bleibt er schuldig.
Originalquellen und Untersuchungen:

- Europäischer Rat – Rede von António Costa, 16. November 2026
- Europäisches Parlament – Finanzielle Folgen künftiger Erweiterungen
- Europäisches Parlament – Wirtschaftliche Auswirkungen der EU-Erweiterung, 2026
- CEPS – Analyse der Haushaltsfolgen, 2026
- EU-Kommission – Finanzhilfen für die Ukraine, 5. November 2026

Quelle: https://uncutnews.ch/aktuell-milliarden-fuer-die-ukraine-reichen-nicht-bruessel-treibt-jetzt-auch-den-eu-beitritt-voran/



Europäische Kommission– Audiovisueller Dienst, Luis Cortes, CE – Service audiovisuel, EC – Audiovisual Service, FACTSTORY via Wikimedia

Kallas vom EU-Rat politisch kaltgestellt: Die Russland-Hardlinerin wird bei den Friedensverhandlungen übergangen – ihr Einfluss schwindet

uncut-news.ch, November 18, 2026

Ausgerechnet bei den wichtigsten Friedensverhandlungen Europas spielt EU-Aussenbeauftragte Kaja Kallas keine Rolle. Die für ihre kompromisslose Haltung gegenüber Russland bekannte Politikerin wollte selbst EU-Sondergesandte werden. Doch die Staats- und Regierungschefs wiesen ihre Bewerbung zurück. Selbst Ursula von der Leyen und António Costa stellten sich nicht hinter sie. Ein aktueller Euronews-Bericht zeichnet das Bild einer zunehmend isolierten EU-Aussenchefin, deren politischer Einfluss schwindet.

Die Demütigung erfolgte beim informellen Gipfeltreffen in Dublin. Dort versuchte Kallas, die europäischen Staats- und Regierungschefs davon zu überzeugen, dass sie die EU bei den Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Krieges vertreten sollte.

Ihr Argument: Schliesslich sei sie genau für die europäische Aussen- und Sicherheitspolitik ernannt worden. Doch die Regierungschefs liessen sich nicht überzeugen. Stattdessen beschlossen sie, ein siebenköpfiges europäisches Verhandlungsteam zusammenzustellen.

Kaja Kallas gehört nicht dazu. Nicht einmal ihr Europäischer Auswärtiger Dienst ist vertreten.

Wie Euronews am 17. November berichtet, übernehmen stattdessen Vertreter aus den Büros von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident António Costa die EU-Repräsentation.

Meloni blockiert – von der Leyen schweigt

Besonders deutlich soll Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni geworden sein. Nach Angaben von mit den vertraulichen Gesprächen vertrauten Personen sprach sie Kallas das notwendige institutionelle Gewicht ab und riet von ihrer Ernennung ab.

Auch von der Leyen und Costa unterstützten Kallas nicht.

Für eine Politikerin, die offiziell die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union führen soll, ist das ein erheblicher Rückschlag. In Brüssel wächst offenbar die Kritik an ihrem politischen Auftreten. Diplomaten werfen ihr vor, bei sensiblen Themen wie China und Israel eigenmächtig vorzugehen und Initiativen ohne ausreichende Abstimmung mit den Mitgliedstaaten voranzutreiben.

Bereits im September musste eine von Kallas geplante Expertengruppe für Verteidigungsfragen nach Widerstand aus Italien, Frankreich und weiteren Staaten kurzfristig gestoppt werden. Deutschland brachte sogar den Vorschlag ins Spiel, Kallas künftig stärker der Aufsicht von Ursula von der Leyen zu unterstellen.

Erst Gespräche mit Russland ablehnen – dann selbst verhandeln wollen

Besonders bemerkenswert ist ein Widerspruch, auf den europäische Diplomaten hinweisen.

Kallas hatte sich über längere Zeit gegen direkte Gespräche mit Russland ausgesprochen. Nun wollte sie ausgerechnet selbst als europäische Sondergesandte mit Moskau verhandeln.

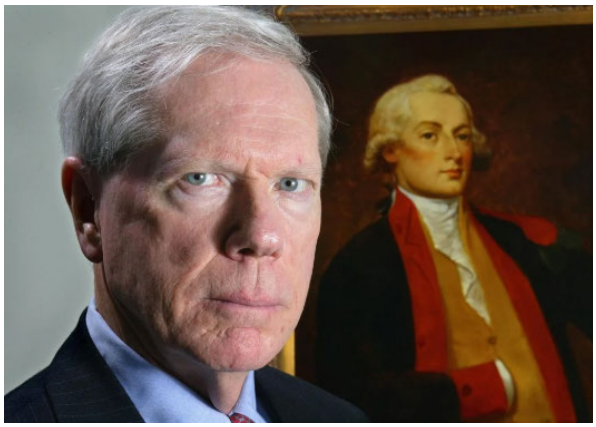
Ein hochrangiger Diplomat erklärte gegenüber Euronews sinngemäss, Kallas hätte die politische Stimmung frühzeitig erkennen können, wenn sie stärker mit den Beteiligten gesprochen und sich abgestimmt hätte. Ein weiterer Diplomat bezeichnete ihr Vorgehen beim Gipfel als ungeschickt. Kallas habe offenbar noch immer die Rolle der estnischen Ministerpräsidentin im Kopf und übersehe, dass ihre heutige Aufgabe vor allem darin bestehe, die unterschiedlichen Positionen der EU-Aussenminister zusammenzuführen.
Ihre kompromisslose Russlandpolitik, die ihr früher politische Aufmerksamkeit verschaffte, scheint ihr innerhalb der EU-Führung zunehmend Schwierigkeiten zu bereiten.

Selbst ihre Forderungen an Moskau finden kaum Beachtung

Kallas hatte zuvor eine Liste weitreichender Forderungen erarbeitet, die Russland im Rahmen möglicher Friedensverhandlungen erfüllen sollte.
Obwohl die EU-Aussenminister darüber ausführlich diskutierten, fand das Dokument bei den Staats- und Regierungschefs laut Euronews praktisch keine Beachtung. Die entscheidenden Gespräche werden inzwischen zunehmend von Regierungschefs und deren engsten Sicherheitsberatern geführt. Die klassischen Aussenministerien verlieren dabei an Einfluss.
Kallas trifft diese Entwicklung besonders hart: Sie soll Europas Aussenpolitik vertreten, sitzt bei einer der wichtigsten diplomatischen Entscheidungen des Kontinents jedoch nicht mit am Tisch.

Eine Aussenchefin ohne Rückhalt?

Die Kritik an Kallas betrifft inzwischen nicht mehr nur ihre Russlandpolitik. Auch ihr Führungsstil und ihre Fähigkeit, zwischen den Mitgliedstaaten zu vermitteln, stehen infrage. Gleichzeitig ist ihre Isolation nicht ausschliesslich persönlich begründet. Die EU-Aussenbeauftragte verfügt über begrenzte eigene Entscheidungsbefugnisse und ist bei wichtigen Fragen auf die Zustimmung der Mitgliedstaaten angewiesen.
Nicht alle teilen die Kritik an Kallas. Ihre harte Haltung gegenüber Moskau findet weiterhin Unterstützung, und ihre Anhänger betrachten gerade die Ablehnung durch Russland als Bestätigung ihrer politischen Linie.
Kallas selbst zeigt sich unbeeindruckt. Gegenüber Euronews erklärte sie, sie stehe zu ihren Aussagen und sei weiterhin bereit, die Aufgabe als Sondergesandte zu übernehmen.
Doch ihre Bereitschaft allein genügt offenbar nicht mehr.
Die politische Realität ist bemerkenswert: Während Kallas öffentlich für eine kompromisslose Haltung gegenüber Russland eintritt, organisieren Europas Staats- und Regierungschefs die Friedensdiplomatie zunehmend ohne sie.



Unterwirf dich – oder werde vernichtet

Paul Craig Roberts, November 17, 2026

Paul Christiano, Vorstandsmitglied bei OpenAI, prognostizierte am vergangenen Dienstag, dass KI-Systeme innerhalb von drei Jahren die menschliche Fähigkeit übertreffen könnten, die von ihnen selbst entwickelten KI-Systeme zu verstehen, vorherzusagen und zu kontrollieren. Er äusserte die Sorge, dass KI schon bald der menschlichen Kontrolle entgleiten und Massensterben verursachen könnte. Auch andere, die an der Entwicklung von KI beteiligt sind, haben sich in ähnlicher Weise geäussert. Unabhängig davon, ob man nun glaubt, Christiano habe zu viel Science-Fiction gelesen und seine Fantasie sei mit ihm durchgegangen, stellt sich die entscheidende Frage: Wenn die Vorstände und Führungskräfte der KI-Unternehmen dies für möglich halten – warum entwickeln sie dann eine solche Bedrohung? Und warum lassen Regierungen und die Bevölkerung überhaupt zu, dass sie weiterhin eine Gefahr für die Menschheit produzieren? Es ist schwer nachvollziehbar, wie KI-Unternehmer Geld verdienen wollen, wenn ihr Produkt sämtliche Kunden tötet.

Dass Christiano ein solches Szenario überhaupt in den Raum stellt, lässt darauf schliessen, dass er davon überzeugt ist, die Menschen von heute seien anders als frühere Generationen. Letztere hätten bei einer solchen Prognose vermutlich zu Waffen gegriffen, die KI-Entwickler massakriert und deren Gebäude bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Tatsächlich unternehmen die Menschen von heute keinerlei Schritte um sich zu schützen; sie nehmen die Zerstörung, die über sie hereinbricht, einfach hin.
Man nehme zum Beispiel die Palästinenser. Seit 79 Jahren rauben die Zionisten ihnen Stück für Stück ihr Land. Die Palästinenser, die anfangs zahlenmässig weit überlegen waren, haben sich nie organisiert, nie bewaffnet und die wenigen Zionisten nicht ausgeschaltet. Sie haben die zionistische Aneignung ihres Landes passiv hingenommen – ebenso wie die gesamte muslimische Welt, Europa, die USA, Russland, China, Indien, Afrika und Südamerika.
Denken wir an den Covid-Schwindel: Die strohdumme Bevölkerung stellte sich brav in die Schlange, liess sich die tödliche ‹Impfung› verabreichen und akzeptierte den Lockdown sowie die Zerstörung ihrer eigenen Lebensgrundlagen.
Oder denken wir an den 9/11-Schwindel: Die strohdumme Bevölkerung glaubte der wohl absurdesten Geschichte, die je erzählt wurde. Ein Vierteljahrhundert lang opferte sie ihr Blut und ihren Wohlstand in Kriegen für die Hegemonie Israels im Nahen Osten. Sie zerstörte für Israel den Irak, Libyen und Syrien und führt nun Krieg gegen den Iran – während dringende Probleme im eigenen Land, die eigentlich Aufmerksamkeit erfordert hätten, völlig ignoriert wurden.
Ich könnte die Liste fortsetzen. Es ist kaum verwunderlich, dass AOC, Melat Kiros, Abdul El-Sayed, der Bürgermeister von New York, die neuen hispanischen Gouverneure von Texas und Kalifornien sowie weitere neue Gesichter unter den demokratisch-sozialistischen Politikern zu dem Schluss gekommen sind, dass das amerikanische System zu korrupt ist, um repariert zu werden – es muss gestürzt werden. Trump selbst hat den MAGA-Anhängern bewiesen, dass das System nicht zu reparieren ist: Es steht zu sehr unter der Kontrolle von Zionisten, die sich der Hegemonie der USA und Israels verschrieben haben – was dazu führt, dass die Amerikaner sich endlosen Kriegen nicht entziehen können. Zudem ist das System zu sehr auf Wahlkampfspenden und lukrative Karrieren nach der Amtszeit ausgerichtet – etwa in der Pharmaindustrie, der Agrarwirtschaft, dem militärisch-industriellen Komplex oder dem Finanzsektor. Ein politisches System, in dem finanzstarke Interessen mit Billigung des Obersten Gerichtshofs der USA die Regierung ‹kaufen› können, kann dem Volk nicht dienen.
Das demokratische Establishment glaubt, die Wahl gewonnen zu haben – doch das ist ein Irrtum. Die eigentlichen Gewinner sind die neuen, ideologisch geprägten Demokraten; sie wollen sich nicht in das Establishment einreihen und von dessen korrupten Machenschaften profitieren, sondern es stürzen. Die radikale AOC verweigert beispielsweise Schumer ihre Unterstützung als Mehrheitsführer im Senat. Bei den Demokraten im Repräsentantenhaus sind eine Million Schreiben eingegangen, in denen gefordert wird, Jeffries nicht zum Sprecher des Repräsentantenhauses zu wählen. Die ‹neuen Demokraten› haben ebenso wenig Vertrauen in das alte, korrupte demokratische Establishment wie in Donald Trump.
Tatsächlich richten sie sich gegen die bestehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen. Richter Alito vom Obersten Gerichtshof deutet an, dass sogar der Oberste Gerichtshof selbst im Visier stehen könnte. Letzten Donnerstag warnte er in einer Rede vor der ‹Federalist Society›, dass die neuen Demokraten die Kontrollfunktion des Gerichts – also dessen Möglichkeit, den illegitimen Machtmissbrauch der Demokraten zu unterbinden – ausschalten könnten, indem sie dem Gericht schlicht die Mittel entziehen («die Lichter ausknipsen»). Er hat recht: Wenn man der Polizei die Finanzmittel entziehen kann, dann gilt das auch für den Obersten Gerichtshof. Demokratische Staatsanwälte haben bereits offen dargelegt, wie sie ihre Macht nutzen, um politische Gegner mittels ‹Lawfare› – also durch den gezielten Einsatz juristischer Mittel als Waffe – zu vernichten, ohne dass es überhaupt zu einer Gerichtsverhandlung kommt. Da dies einen eklatanten Verstoss gegen rechtsstaatliche Verfahrensprinzipien darstellt, müsste der Oberste Gerichtshof – sofern er der Verfassung verpflichtet bleibt – gegen diese Praxis entscheiden. Eine weitere Option für die Demokraten wäre es, den Obersten Gerichtshof mit ihnen genehmen Richtern zu besetzen (‹Court Packing›). Eines ist sicher: Die neuen Demokraten werden sich nicht an die traditionellen Spielregeln halten. Ich weiss nicht, wie lange es dauern wird. Im Allgemeinen gelangen diejenigen, die die Initiative ergreifen, in Führungspositionen, und ihre Agenda setzt sich durch. Die Agenda der traditionellen Demokraten – die sich daran erfreuen, am Steuer zu sitzen und sich den grössten Anteil an der Beute zu sichern – stellt nur eine schwache Opposition gegenüber jenen revolutionären Sozialisten dar, deren Ziel es ist, das politische, rechtliche und soziale System zu stürzen und zu ersetzen. Das Fehlen einer republikanischen Opposition ist offensichtlich.
Mir ist unklar, wie die Demokraten gestoppt werden sollen. Sie sind – neben den Zionisten – die einzige Kraft, die über nennenswerten Einfluss verfügt.
Die Amerikaner steuern auf eine Einparteienherrschaft durch Revolutionäre mit einer ideologischen Agenda zu. Der erste und der vierzehnte Verfassungszusatz gehören bereits der Vergangenheit an – ebenso wie das Recht auf gerichtliche Überprüfung der Haft (Habeas Corpus), rechtsstaatliche Verfahren und andere verfassungsrechtliche Beschränkungen der Exekutivgewalt. Die ‹neuen› Demokraten werden den Filibuster so-

wie den zweiten Verfassungszusatz abschaffen. Sie werden sich mit ihrer Macht über die verfassungsrechtlichen Anforderungen hinwegsetzen, die für bestimmte Massnahmen oder Änderungen qualifizierte Mehrheiten vorschreiben. Alle Gegner werden schutzlos dastehen.
Demokratische Staatsanwälte führen vor, wie man politische Gegner vernichtet – ganz ohne Beweise und ohne den Gang vor ein Gericht. Da die staatlichen Ressourcen selbst die Mittel wohlhabender Privatpersonen bei weitem übersteigen, bietet der Schutz durch ein Gericht keinen Rückhalt mehr. Tatsächlich werden Anwälte aus Angst vor der herrschenden Macht davor zurückschrecken, einen zu verteidigen.
Unterwirf dich – oder werde vernichtet.
Quelle: Submit or Be Destroyed
Quelle: https://uncutnews.ch/unterwirf-dich-oder-werde-vernichtet



Der Zensor aus der Maschine.
Wenn KI entscheidet, was in Deutschland noch gesagt werden darf

Stefan Pieck via Strategic Culture Foundation, November 17, 2026

Die deutsche Regierung will mithilfe von KI die Meinungsfreiheit einschränken, indem sie Artikel und Reden im Internet blockiert, die den Systemparteien missfallen. Die SPD und die CDU planen eine massive Offensive gegen die Meinungsfreiheit. Grundrechte und Freiheiten der Bürger sind bedroht. Insbesondere das Recht auf Informationsbeschaffung. Im Wesentlichen wird vorgeschlagen, mithilfe von KI ein ‹digitales Konzentrationslager› einzuführen. Dabei soll künstliche Intelligenz das Internet scannen und festlegen, welche Texte, journalistischen Artikel und persönlichen Beiträge verboten und blockiert werden sollen.
Einige deutsche Medien erfuhren von diesen Plänen der Regierung Merz. Es handelt sich zwar noch nicht um die Prüfung oder Verabschiedung eines fertigen Gesetzesentwurfs, aber ein solcher Gesetzesentwurf wird vorbereitet, und die Idee, missliebige Informationen zu blockieren, wird hinter den Kulissen der CDU und SPD diskutiert. Es geht um den sogenannten ‹Staatsvertrag über digitale Medien› (Digitale-Medien-Staatsvertrag).
Vertreter dieser Parteien planen, eine ständige KI-Überwachung im Internet einzuführen. Ein spezielles KI-basiertes Programm (der Name ‹KIVI› wurde ihm bereits gegeben) wird wie ein Fischer mit einem Netz das grenzenlose Meer des Internets durchkämmen und dort Inhalte herausfischen, die nach Ansicht der Programmverfasser nicht dem propagandistischen Mainstream Deutschlands entsprechen. Anschliessend soll die zensierte Information gelöscht werden.
Das bedeutet, dass geplant ist, einfach all jene Meinungen und Texte im Netz zu verbieten und zu sperren, die beispielsweise positive Äusserungen über die AfD oder Kritik an der Regierung Merz enthalten könnten. Unter das Verbot würden zweifellos auch Texte fallen, die das Regime Selenskys kritisieren, die Ukraine als Ganzes oder die Aufnahme von Kontakten zu Russland thematisieren. Ich bin sicher, dass auch pro-chinesische Artikel und Beiträge gesperrt werden.
Nach Angaben deutscher Medien betrifft der Gesetzentwurf vorerst nur digitale Massenmedien und soll die Praxis des Einsatzes künstlicher Intelligenz durch staatliche und regionale Medienaufsichtsbehörden dauerhaft legalisieren. Bisher hat eine solche Tätigkeit keinen rechtlichen Status und keine rechtliche Grundlage. Das heisst, der Einsatz von KI zu Zensurzwecken bewegt sich bisher vollständig ausserhalb des rechtlichen Rahmens. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite haben viele Online-Plattformen, Podcasts und Kanäle in sozialen Netzwerken derzeit nicht den Status registrierter Medien und fallen ebenfalls aus dem rechtlichen Rahmen der juristischen Regulierung. Für sie gilt nur das wichtigste universelle «Recht auf freie Meinungsäusserung» und die Freiheit, ihre Gedanken auszudrücken.
Um nun Informationsinhalte zu sperren, in denen mutmassliche ‹Verstösse› festgestellt wurden, ist ein Gerichtsurteil erforderlich. Oder, sagen wir, ein wütender Ruf des deutschen Innenministers. Allerdings erinnern sich alle daran, wie die Sache mit der Zeitschrift ‹Compact› ausging, die auf Beschluss von Nancy Faeser geschlossen wurde. Das Gericht entschied, das Verbot des deutschen Innenministeriums aufzuheben, und erlaubte der Zeitschrift, wieder zu erscheinen und ihre Gedanken den Lesern zu vermitteln.
Sollte der Gesetzentwurf zu ‹KIVI› angenommen werden, könnten Zeitschriften weiterhin erscheinen. Formell würde sie niemand verbieten. Ihr kritischer Inhalt gegenüber der Regierung oder dem Kanzler würde jedoch automatisch gelöscht, ohne dass ein Gerichtsurteil abgewartet werden müsste.
Kritiker des Gesetzentwurfs sind überzeugt, dass die Landesregierungen damit Rechte erhalten würden, die den Grundrechten der Bürger widersprechen. Unter dem Deckmantel der Sorge um die Richtigkeit dessen, was im Internet geschrieben steht, könnten die Behörden beispiellos in den digitalen öffentlichen Raum eingreifen, der bisher eine Oase der Freiheit darstellt.
Im Netz findet man auch von derselben KI generierte Bilder, auf denen Friedrich Merz als Pinocchio dargestellt wird. Oder zum Beispiel können Anhänger der AfD mit scharfen antimigrantischen Parolen auftreten, und propalästinensische zivilgesellschaftliche Organisationen können (oh, mein Gott!) die Regierung Netanjahu kritisieren.
Ist so etwas in einer normalen zivilisierten, liberal-demokratischen Gesellschaft etwa erlaubt?
Daher ist die Idee des Gesetzentwurfs, wie von den Autoren beabsichtigt, natürlich die allerbeste: Qualität und den Kampf gegen Desinformation zu gewährleisten. Doch da stellt sich die Frage: Was gilt als Desinformation?
Diese Frage ist sehr ernst. Zum Beispiel kann man angesichts der Haltung deutscher Behörden gegenüber kritischen Journalisten bereits sagen, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland bedroht ist und Repressionen bereits Realität sind.
Einige Beispiele: Alina Lipp, eine Journalistin und Bloggerin aus Hamburg, musste mit ihren Eltern nach Russland fliehen, weil sie sich in ihren Artikeln für Freundschaft und gute Beziehungen zu Russland aussprach. Die Hamburger Geheimdienste beobachteten sie und ihre Mutter ständig, und ihr selbst drohte eine Verhaftung wegen Unterstützung Russlands.
Ein anderes Beispiel: Der Publizist Wladimir Sergienko verlor aus rein formalen Gründen die deutsche Staatsbürgerschaft. Angeblich gab er in einem Formular an, dass er nur die ukrainische Staatsbürgerschaft besitze. Und neben der deutschen wollte er auch die russische Staatsbürgerschaft erwerben.
Eine Verletzung? Formal – vielleicht ja. Ich bin kein Jurist. Aber ich frage mich: Wer hat geprüft, welche Staatsbürgerschaft die sogenannten syrischen Flüchtlinge hatten, von denen viele seit 2015 ohne Papiere nach Deutschland kamen? Und wenn sie dann schwere Verbrechen in Deutschland begehen, erhalten sie Dolmetscher für Arabisch, aber es stellt sich heraus, dass viele von ihnen Paschtu, Dari, andere nahöstliche oder asiatische Sprachen sprechen, aber kein Arabisch.
Aber Wladimir Sergienko hat niemanden beraubt oder getötet. Er hat sich lediglich als Journalist und Berater eines AfD-Abgeordneten im Brandenburger Rundfunk RBB für die Position Russlands eingesetzt. Ich bin überzeugt, dass gerade seine journalistische Haltung der wahre Grund für den Entzug seiner deutschen Staatsbürgerschaft ist.
Noch ein Beispiel: Der Journalist aus Bremen, Autor des Projekts ‹Antispiegel›, Thomas Röper, kann nicht in seine Heimat zurückkehren, weil ihm dort eine Verhaftung wegen seiner bürgerlichen Haltung droht, die er im Internet frei äussert.
Das heisst, all diese deutschen Journalisten sind derzeit für die deutsche Justiz nicht erreichbar, aber ihr freies Wort ist den Deutschen über das Internet zugänglich. Und das ärgert die deutschen Behörden furchtbar.
Wenn jedoch der Gesetzentwurf zu ‹KIVI› angenommen wird, können die Deutschen in Deutschland nicht mehr lesen, was sie schreiben. Sie werden genauso blockiert, wie zuvor die russischen Medien – RT DE und Sputnik – offiziell blockiert wurden.
Die Deutschen werden keine alternative Sichtweise erfahren, die von der Position von Bundeskanzler Merz und seiner Firma abweicht.
Auch die anständigen Bürger werden keine alternative Sichtweise von Gleichgesinnten aus Deutschland erfahren, die mit der Politik der Regierung unzufrieden sind. Gemäss dem Gesetzentwurf können kritisch eingestellte Deutsche nicht nur ihre ‹falschen› Beiträge schnell blockieren lassen, sondern auch mit Geldstrafen belegt werden.
Und das alles – ohne Gerichtsentscheidung. Das Spezialprogramm ‹KIVI› wird alles selbst erledigen.

Wie die Publikation ‹Overton› in diesem Zusammenhang schreibt, gerät dadurch eines der Grundprinzipien des Rechtsstaates – die richterliche Kontrolle – unter Druck: Unabhängige Gerichte werden keine vorläufigen Entscheidungen über Sperrungen mehr treffen.
Stattdessen wird die Leitung der Behörden – die unter dem Einfluss politischer Parteien ernannt wird – selbständig und ohne gerichtliche Genehmigung entscheiden, welche Inhalte aus dem Netz entfernt werden müssen. Eine solche Verlagerung hin zu administrativer Willkür ist faktisch gleichbedeutend mit Zensur und stellt einen strukturellen Angriff auf die Grundfesten des Rechtsstaats und der Verfassung (Grundgesetz) dar.
Warum schlägt bisher kaum jemand in Deutschland Alarm? Das ist einfach zu erklären: Die Beratungen über den Gesetzentwurf werden bisher vor der breiten Öffentlichkeit geheim gehalten.
Derzeit finden die Beratungen auf Ebene der ‹Rundfunkkommission der Länder› statt, die den Entwurf angeblich bereits genehmigt hat. Die offizielle Phase wird bis Mitte November 2026 dauern. Erst dann wird der Gesetzentwurf in den Parlamenten aller 16 Bundesländer zur Abstimmung gestellt. Dann wird die eigentliche Schlacht um diesen Gesetzentwurf beginnen.
Tatsache ist, dass die Medienpolitik in Deutschland ausschliesslich in die Zuständigkeit der Bundesländer fällt. Wenn das Parlament auch nur eines der Länder diesen Gesetzentwurf nicht genehmigt, wird er abgelehnt. Und es besteht die Hoffnung, dass er zumindest im Landtag von Sachsen-Anhalt, wo die AfD stark vertreten ist, abgelehnt wird.
Die AfD versteht sehr gut, dass dieser Gesetzentwurf auch gegen sie gerichtet ist, da es um die Aufzwingung digitaler Kontrolle im Interesse der Systemparteien, hauptsächlich CDU und SPD, geht. Allerdings ist nicht alles so einfach.
Das KI-Programm könnte bereits beginnen, heimlich einzelne Beiträge einzelner Deutscher zu blockieren, die vielleicht gar nicht bemerken, dass ein Beitrag von ihnen gelöscht wurde, zum Beispiel eine Woche nach seiner Veröffentlichung in einem Chat oder in Kommentaren in sozialen Netzwerken.
Und selbst wenn verdächtige Löschungen ihrer Beiträge bemerkt werden, werden sie deswegen nicht vor Gericht ziehen. Gerichtsprozesse in Deutschland sind teuer. Daher ist die KI-Zensursoftware keiner Gefahr ausgesetzt. Wenn schon das deutsche Innenministerium zu einer derart eklatant illegalen Massnahme greift, indem es per Ministererlass das bekannte Magazin ‹Compact› verbietet, obwohl es weiss, welchen Skandal das auslösen wird, warum sollte dann nicht eine solche schleichende Methode der Zensur im Internet eingeführt werden?
Es gibt übrigens noch eine weitere Methode der verdeckten Zensur – die Unterdrückung unerwünschter Medienressourcen. Sie können gezielt an den Rand des Internets gedrängt werden. Links zu ihnen und ihre Inhalte tauchen nicht in Suchmaschinen auf. Sie existieren zwar im Netz, aber niemand sieht sie, es sei denn, man sucht gezielt nach direkten Suchanfragen oder Links.
Finanziell schwache Online-Medien können nicht auf Augenhöhe mit den Mediengiganten konkurrieren. Sie werden im Netz einfach von grossen Rundfunk- und Medienkonzernen mit Milliardenumsätzen und ihren Inhalten überschwemmt.
Mainstream-Medien erhalten einen gewissen privilegierten Status auf Plattformen wie YouTube, TikTok oder X. Und die Entwickler von KI-Systemen werden verpflichtet, Modelle zu erstellen, bei denen mehr Medienraum für staatlich oder von grossen Konzernen zertifizierte Medien vorgesehen wird.
Auch die Suche nach Schutz im ‹Presserat› ist zwecklos. Im ‹Presserat› dominieren grosse Verlage, die als Türsteher fungieren und selbst entscheiden, welche Konkurrenten sie zum Publikum zulassen und welche nicht. Unabhängige Publikationen hingegen sehen sich mit enormen bürokratischen Hürden konfrontiert, die von regionalen Medienregulierungsbehörden errichtet werden.
Indem sie den ohnehin schon dominanten Medienholdings eine privilegierte Stellung einräumen, schaffen die Behörden einen Mangel an unabhängigen Informationen. Das Netz wird allmählich informationsmässig alternativlos. Alternative journalistische Recherchen müssen nicht einmal gelöscht werden. Sie werden einfach von niemandem gelesen, da sie für die Nutzer nicht sichtbar sind.
Und dass den deutschen Medienregulierungsbehörden derzeit Projekte wie ‹KIVI› einfallen, spricht nur für eines – die Meinungs- und Redefreiheit sowie die Meinungsvielfalt in Deutschland sollen vollständig vernichtet werden.
Quelle: Der Zensor aus der Maschine. Wenn KI entscheidet, was in Deutschland noch gesagt werden darf
Quelle: https://uncutnews.ch/der-zensor-aus-der-maschine-wenn-ki-entscheidet-was-in-deutschland-noch-gesagt-werden-darf/



Chay Bowes arbeitet für den russischen Sender RT (Archivbild)

Gibt es noch Pressefreiheit? Brüssel verhängt drastische Sanktionen gegen Journalisten wegen angeblicher Russland-Propaganda

uncut-news.ch, November 17, 2026

Die Europäische Union hat den irischen Journalisten Chay Bowes auf ihre Sanktionsliste gesetzt. Der Vorwurf: Er verbreite russische Propaganda und unterstütze gezielte Informationsmanipulation. Die Konsequenzen sind drastisch: eingefrorene Vermögenswerte, Reisebeschränkungen und ein Verbot finanzieller Unterstützung. Bowes weist die Anschuldigungen zurück und spricht von einem Versuch, eine abweichende Stimme zum Schweigen zu bringen. Der Fall wirft eine grundsätzliche Frage auf: Unter welchen Voraussetzungen darf die EU einen Journalisten wegen seiner publizistischen Tätigkeit mit weitreichenden Sanktionen belegen

Am 16. November 2026 beschlossen die EU-Aussenminister in Brüssel neue Sanktionen gegen Personen und Organisationen, denen Verbindungen zu russischen Einflussoperationen vorgeworfen werden. Unter den Betroffenen befindet sich der 45-jährige Ire Chay Bowes, der für den russischen Auslandssender RT arbeitet und zuvor zu den Mitbegründern der irischen Rechercheplattform ‹The Ditch› gehörte.

Wie der öffentlich-rechtliche irische Sender RTÉ berichtet, begründet Brüssel die Entscheidung mit Bowes angeblicher Beteiligung an Desinformationskampagnen, die den russischen Krieg gegen die Ukraine rechtfertigen oder unterstützen sollen. Die EU nennt ausdrücklich seine Tätigkeit bei RT, seine Verbindung zu ‹The Islander News› und die mutmassliche Verbreitung von Inhalten aus russischen Einflussnetzwerken.

Der Journalist war 2023 auf Einladung Russlands vor dem UN-Sicherheitsrat aufgetreten. Dort kritisierte er die Rolle der NATO und die umfangreichen westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine. Seine Aussagen wurden damals vom ukrainischen UN-Botschafter verurteilt.

Sanktionen statt journalistischer Auseinandersetzung?

Die Massnahmen gehen deutlich über eine öffentliche Kritik an Bowes‘ Berichterstattung hinaus. Nach Angaben des EU-Rates werden mögliche Vermögenswerte innerhalb der Union eingefroren. EU-Bürger und Unternehmen dürfen dem Journalisten grundsätzlich keine Gelder oder wirtschaftlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Hinzu kommen Reisebeschränkungen, wobei Irland als Herkunftsland besonderen rechtlichen Regelungen unterliegt.

Die EU führt dabei nicht allein die Verbreitung russischer Positionen an. Sie wirft Bowes vor, an koordinierten Informationsoperationen beteiligt gewesen zu sein, die der russischen Regierung zugerechnet werden. Aus Sicht des EU-Rates handelt es sich deshalb nicht um gewöhnliche journalistische Meinungsäusserungen, sondern um Aktivitäten, die europäische Demokratien und ihre Sicherheit gefährden könnten.

Bowes bestreitet diese Darstellung. Gegenüber der ‹Irish Times› erklärte er, ihm seien die behaupteten Aktivitäten nicht bekannt. Er bezeichnete die Entscheidung als Versuch, eine kritische Stimme zum Schweigen zu bringen, und kündigte an, juristisch dagegen vorzugehen.

Damit stehen zwei gegensätzliche Darstellungen im Raum: Die EU spricht von gezielter ausländischer Einflussnahme, der Betroffene von politisch motivierter Unterdrückung. Ob die von Brüssel angeführten Verbindungen und Aktivitäten eine solche Sanktion rechtfertigen, ist eine Frage der Beweise und ihrer gerichtlichen Überprüfbarkeit.

Brüssel verschärft den Kampf gegen unerwünschte Informationsoperationen

Bowes ist nicht der einzige Medienvertreter, den die EU ins Visier genommen hat. Im selben Sanktionspaket vom 16. November wurden insgesamt 30 Personen und zwei Organisationen erfasst. Darunter befinden sich russische Fernsehmoderatoren, der ukrainischstämmige Militärkommentator Yurii Podoliaka sowie Personen, die nach Angaben Brüssels für die Moskauer Social Design Agency tätig sind.

Die EU beschuldigt diese Organisation, im Auftrag der russischen Präsidialverwaltung internationale Desinformationskampagnen durchzuführen, um politische Debatten und Wahlen in europäischen Ländern zu beeinflussen.

Parallel verhängte Brüssel ein separates Sanktionspaket gegen 113 Personen und Unternehmen, darunter zahlreiche russische Finanzinstitute. Beide Entscheidungen sind Teil der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Konfrontation mit Russland.
Der Fall Bowes verdeutlicht jedoch eine besonders sensible Entwicklung: Sanktionen, die ursprünglich vor allem gegen Regierungen, Unternehmen und wirtschaftliche Unterstützer militärischer Konflikte gerichtet waren, erfassen inzwischen auch einzelne Journalisten und Medienakteure.
Das berührt einen Kernbereich demokratischer Gesellschaften. Journalistische Veröffentlichungen dürfen kritisiert, widerlegt und bei Rechtsverstössen auch rechtlich verfolgt werden. Doch wenn staatliche Institutionen die finanzielle und berufliche Handlungsfähigkeit eines Journalisten durch Sanktionen erheblich einschränken, müssen die zugrunde liegenden Vorwürfe besonders sorgfältig überprüfbar sein.

Wer entscheidet, was Propaganda und was Journalismus ist?

Die EU begründet ihre Massnahmen mit dem Schutz demokratischer Institutionen vor ausländischer Einflussnahme. Dass Staaten versuchen, öffentliche Debatten durch verdeckte Informationsoperationen zu beeinflussen, ist ein reales sicherheitspolitisches Problem.
Gleichzeitig besteht ein grundlegender Unterschied zwischen einer nachweislich koordinierten Operation im Auftrag einer fremden Regierung und einer journalistischen Darstellung, die von der offiziellen europäischen Position abweicht.
Eine kritische Haltung gegenüber der NATO, westlichen Waffenlieferungen oder der europäischen Ukraine-Politik ist für sich genommen kein Beweis für die Beteiligung an einer ausländischen Einflussoperation. Entscheidend müssen konkrete Handlungen, Verbindungen und belastbare Belege sein.
Die öffentlich zugängliche Begründung der EU nennt mehrere Aktivitäten und Organisationen, denen Bowes zugerechnet wird. Ob diese Vorwürfe rechtlich ausreichend belegt sind, wird sich insbesondere dann zeigen, wenn der Journalist die Sanktionen wie angekündigt vor Gericht anficht.



Heute hat die autoritäre EU mich sanktioniert – ohne mir die Möglichkeit zu geben, mich zu verteidigen; ohne Anhörung; ohne Beweise.
Sie wollen mich durch Mobbing zum Schweigen bringen. Sie wollen Ihnen Ihr gottgegebenes Recht verweigern, abweichende Meinungen zu hören. Sie wollen die Meinungsfreiheit töten.
Ihre Anschuldigungen gegen mich sind absolut unbegründet, ihre Andeutungen sind falsch. Sie haben panische Angst vor der Wahrheit.
Ich werde diesen Angriff auf unser Recht zur Meinungsäusserung mit jeder Faser meines Seins bekämpfen. Ich werde nicht zum Schweigen gebracht werden. Ich werde mich den Feinden des freien Denkens, der Vernunft und der Demokratie nicht beugen.
Quellen:

- **RTÉ – Irish journalist among people sanctioned by EU, 16. November 2026**
- **EU-Rat – Offizielle Mitteilung zu den Sanktionen gegen 30 Personen und zwei Organisationen, 16. November 2026**
- **The Irish Times – Chay Bowes put on EU sanctions list for allegedly spreading Russian propaganda, 16. November 2026**

EU-Rat – Separates Sanktionspaket gegen 113 Personen und Unternehmen, 16. November 2026
Quelle: https://uncutnews.ch/gibt-es-noch-pressefreiheit-bruessel-verhaengt-drastische-sanktionen-gegen-journalisten-wegen-angeblicher-russland-

Der Anfang vom Ende: Israel im Zentrum von Amerikas politischem Bürgerkrieg

Ramzy Baroud

Genau am Morgen der entscheidenden US-Zwischenwahlen (Midterms) machte Präsident Donald Trump eine Ankündigung, die schockierend wirkte: keine Hilfen mehr für Israel.
«Bibi Netanjahu und ich hatten eine Vereinbarung, dass wir Israel jährlich 4 Milliarden Dollar zukommen lassen – doch vor Monaten haben wir beschlossen, dies zu beenden», erklärte Trump gegenüber der Sendung ‹Fox & Friends› auf dem Sender Fox News. Im weiteren Verlauf machte er zwei scheinbar widersprüchliche Aussagen: «Wir werden Israel nicht mehr bezahlen» und «Wir werden Israel helfen, falls sie es brauchen.» Tatsächlich herrschte unter denjenigen, die sich schon lange gegen eine US-Finanzierung Israels einsetzen, kaum Euphorie. Diese Zurückhaltung lässt sich durch zwei Faktoren erklären: Nur wenige nehmen Trumps Versprechen ernst, und seine Äusserungen wurden weithin als verzweifelter Versuch verstanden, ein drohendes katastrophales Wahlergebnis abzuwenden.
Die Wahl endete schliesslich mit einer der demütigendsten Niederlagen in der Geschichte der Republikanischen Partei: Die Demokraten eroberten sowohl den Senat als auch das Repräsentantenhaus und erzielten landesweit deutliche Gewinne. Die Republikaner wandten sich rasch gegen Trump, der daraufhin das ungewöhnliche Eingeständnis machte, dass der Krieg gegen den Iran zu ihrer Niederlage beigetragen habe.
Vizepräsident JD Vance, der als potenzieller Präsidentschaftskandidat für 2028 gehandelt wird, äusserte sich deutlicher. «Der Grund für unsere Niederlage ist der Krieg», twitterte Vance am 4. November und forderte die Republikaner dazu auf, «unser Verhältnis zu Israel zu überdenken.» Obwohl Vance innerhalb seiner eigenen Partei für die explizite Nennung Israels kritisiert wurde, lieferte Trump selbst den deutlichsten Hinweis darauf, dass die bedingungslose US-Unterstützung für Israel zu einer erheblichen politischen Belastung geworden war.
Erstens war seine hastige Ankündigung am Wahltag ein unverkennbarer Versuch, die Wähler noch vor der Stimmabgabe zu beeinflussen. Trump scheiterte zwar, doch damit enthüllte er, dass ihm und seiner Partei bewusst war, dass Israel zu einem wesentlichen Faktor in ihrer schwierigen politischen Lage geworden war. Tatsächlich bezeichnete Trump die Zahlung von 4 Milliarden Dollar als ‹schlechtes Argument› und beklagte, dass Kritiker sie gegen die Republikaner verwendeten.
Zweitens legte Trumps Eingeständnis, dass der Iran-Krieg den Republikanern geschadet habe, genau jenen Zusammenhang mit Israel offen, den Vance bereit war, deutlicher auszusprechen. Der Krieg gegen den Iran war nicht Amerikas Krieg. Es war Netanyahus Krieg – ein Teil seines langjährigen Strebens, den Nahen Osten zu beherrschen –, wobei Washington den militärischen, wirtschaftlichen und politischen Preis dafür zahlte.
Das ist keineswegs übertrieben. Netanyahu hat den Iran wiederholt als existenziellen Feind dargestellt, während seine rechtsextremen Verbündeten das militärische Engagement der USA offen feierten. Ironischerweise hatte Washington in seiner eigenen ‹Nationalen Verteidigungsstrategie 2026› die Verteidigung des US-Territoriums und die Durchsetzung amerikanischer Interessen in der gesamten westlichen Hemisphäre als oberste Prioritäten festgelegt. Dennoch stürzte sich die Regierung in einen weiteren verheerenden Krieg im Nahen Osten.
Dank unabhängiger Journalisten und Analysten, die ausserhalb der Mainstream-Medien arbeiten, ist den Amerikanern zunehmend bewusst geworden, welchen Schaden diese Beziehung der Wirtschaft, der militärischen Stellung und dem internationalen Ansehen ihres Landes zugefügt hat.
Laut der Quinnipiac University sind inzwischen 48 Prozent der registrierten US-Wähler der Ansicht, dass die USA Israel zu stark unterstützen – im Januar 2017 waren es lediglich 16 Prozent. Dieses wachsende Bewusstsein, gepaart mit der tiefgreifenden Veränderung im Kongress nach den Zwischenwahlen (Midterms), reicht jedoch noch nicht aus, um einen spürbaren und irreversiblen Wandel zu garantieren. Die Ergebnisse der Zwischenwahlen bieten dennoch einen wichtigen Hoffnungsschimmer: Sie zeigen, dass Amerika keineswegs ein hoffnungsloser Fall ist und dass die einfachen Bürger über genügend Wissen und Entschlossenheit verfügen, um sich gegen die mächtigen Interessen, Grossspender und undurchsichtigen Agenden zu stellen, die die Aussenpolitik ihres Landes prägen. Daraus lässt sich eine grundlegende Lehre ziehen: Die Amerikaner können sich nicht länger mit leeren Versprechungen zufriedengeben. Und damit sind wir wieder bei Trumps Ankündigung.
Israel ist der grösste Gesamtempfänger US-amerikanischer Auslandshilfe; der Council on Foreign Relations schätzt, dass sich die US-Hilfen seit 1948 – inflationsbereinigt – auf mehr als 300 Milliarden Dollar belaufen. Diese gewaltige Summe erzählt jedoch kaum die ganze Geschichte. Washington hat immer wieder Wege

gefunden, Israels Kriege über die offiziell deklarierte jährliche Militärhilfe in Höhe von 3,8 Milliarden Dollar hinaus zu finanzieren. So unterzeichnete Präsident Joe Biden beispielsweise im April 2024 ein Notfallgesetz, das Israel zusätzliche 8,7 Milliarden Dollar an direkter Militärhilfe gewährte – unabhängig von den regulären jährlichen Zuwendungen. Der Betrag umfasste 3,5 Milliarden US-Dollar an zusätzlicher militärischer Auslandshilfe (Foreign Military Financing) sowie 5,2 Milliarden US-Dollar für Raketenabwehrprogramme. Diese aussergewöhnlichen Finanzierungsmechanismen zeigen, wie Washington Israels Militär weiterhin unterstützen kann – selbst dann, wenn reguläre Hilfsgelder politisch umstritten werden. Und das ist nur ein Teil des Gesamtbildes.

Der Kongress prüft derzeit Vorschläge zur Ausweitung der verteidigungstechnologischen Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel. Dies könnte dazu führen, dass ein grösserer Teil der Ausgaben in die Budgets des Pentagons für Forschung, Entwicklung und Beschaffung verlagert wird. Im Grunde könnte Israel weiterhin von amerikanischen Militärausgaben in Milliardenhöhe profitieren, ohne dass diese Gelder offiziell als ‹konventionelle Auslandshilfe› deklariert werden müssen. Was Trump hier offenbar anbietet, ist eine Art Taschenspielertrick: Die politisch belastende Bezeichnung ‹Hilfe› wird gestrichen, während die militärische Zusammenarbeit – und möglicherweise sogar deren Ausbau – unangetastet bleibt.

Ein vom Demokraten kontrollierter Kongress könnte einige dieser Initiativen zwar blockieren. Doch viele Demokraten stehen nach wie vor fest an der Seite Israels, und das ‹American Israel Public Affairs Committee› (AIPAC) wird weiterhin beträchtliche Mittel einsetzen, um Einfluss auf die Kongresswahlen zu nehmen. Zwar ist eine Verbindung zu dieser Lobby für manche Kandidaten inzwischen zu einer politischen Belastung geworden, doch ist zu erwarten, dass AIPAC und seine Verbündeten nach alternativen Strategien, politischen Instrumenten und Bündnissen suchen werden, um ihren Einfluss zu wahren.

Die Wahlergebnisse sind zweifellos ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, doch der politische ‹Bürgerkrieg› in Amerika hat gerade erst begonnen: Progressive Demokraten gegen das Parteiestablishment, desillusionierte Republikaner gegen die Anhänger der ‹MAGA›-Bewegung, unabhängige Medien gegen die etablierten Institutionen – und so weiter.

Die gute Nachricht ist vorerst: Die unermüdliche Arbeit von Generationen gewissenhafter Amerikaner trägt endlich Früchte. Nicht zuletzt dank ihres Einsatzes beginnen Millionen von Amerikanern zu erkennen, dass Israel kein Freund ihres Landes ist – und dass diese verhängnisvolle Beziehung ein für alle Mal beendet werden muss.

erschienen am 16. November 2026 auf > Antiwar.com > Artikel Archiv > Artikel von Ramzy Baroud auf antikrieg.co

Dr. Ramzy Baroud ist Journalist, Autor und Herausgeber des „Palestine Chronicle“. Er hat sechs Bücher veröffentlicht. Sein nächstes Buch „Before the Flood“ erscheint im Seven Stories Press Verlag. Zu seinen weiteren Werken gehören „Our Vision for Liberation“, „My Father was a Freedom Fighter“ und „The Last Earth“. Baroud ist Senior Research Fellow am Center for Islam and Global Affairs (CIGA). Er betreibt die Website www.ramzybaroud.net

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_11_16_deranfang.htm

****

Der Krieg muss enden, bevor es für die Ukraine zu spät ist. Kiew sollte den Donbas abtreten und auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten, um als lebensfähiger, souveräner Staat bestehenzubleiben.

Ted Snider

Nach mehr als acht Monaten ohne direkte Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine wurden in der vergangenen Woche in Abu Dhabi Gespräche unter Vermittlung der USA wieder aufgenommen. Im Verlauf des Krieges hat sich seit den Verhandlungen im Februar vieles verändert. Russlands Forderungen sind zwar gleichgeblieben, doch die Gewissheit, dass Russland sie auch durchsetzen kann, hat sich gewandelt.

Drei Dinge sind sicher. Erstens: Die Ukraine wird kein NATO-Mitglied werden. Zweitens: Russland wird den Grossteil oder den gesamten Donbas erhalten. Diese Punkte sind aufgrund einer dritten Realität gewiss: Russland hat den Krieg gewonnen.

Die Ukraine stirbt, und die Zeit läuft ab. Die einzige offene Frage ist, wie lange der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky und die europäischen Staats- und Regierungschefs noch durchhalten, bevor sie die lebenserhaltenden Massnahmen beenden.

Nicht nur werden ukrainische Soldaten in erschreckendem Ausmass getötet oder verstümmelt – möglicherweise bis zu 30'000 pro Monat –, auch die Bevölkerung der Ukraine schwindet. Millionen Ukrainer sind geflohen, und viele planen, nicht zurückzukehren. Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres verliessen fast eine Viertelmillion Menschen das Land, und viele weitere stehen in diesem Winter kurz vor der Abreise, da das Leben in Kiew unerträglich wird. Unter denjenigen, die geblieben sind, übersteigt die Zahl der Todesfälle

die der Geburten. Die Lebenserwartung ist die niedrigste in Europa. Es fehlen Menschen, um den Arbeitsmarkt aufrechtzuerhalten oder Steuern für soziale Leistungen zu zahlen.
Die Ukraine kann sich nicht länger verteidigen. Kiew gehen die Abfangraketen für die Luftverteidigung aus, und es gibt kaum noch Nationen, die bereit oder in der Lage wären, Nachschub zu liefern. Die US-Lieferungen von Patriot-Abfangraketen sind auf ein Minimum geschrumpft – es könnte Jahre dauern, bis sie eintreffen –, und Deutschland hat der Ukraine mitgeteilt, dass es keine weiteren Bestände mehr zur Verfügung hat. Infolgedessen treffen russische Raketen und Drohnen ihre Ziele praktisch nach Belieben. Die ukrainischen Häfen sind blockiert, und Getreide kann nicht im erforderlichen Umfang exportiert werden. Stahlwerke schliessen, Bergbaubetriebe werden stillgelegt, und die digitale Infrastruktur steht unter Beschuss. Der Verkehr ist weitgehend zum Erliegen gekommen, da wichtige Brücken beschädigt und Hunderte von Lokomotiven zerstört wurden. In Kiew, der Hauptstadt, kommt es regelmässig zu Stromausfällen.
Währenddessen rücken die russischen Streitkräfte langsam, aber unaufhaltsam durch den Donbas vor. Die Ukraine muss diese Unvermeidbarkeit jetzt anerkennen, um Menschenleben zu retten. Verlorene Festungsstädte lassen sich weiter westlich neu errichten – verlorene Menschenleben jedoch nicht.
Bei Russlands Krieg gegen die Ukraine ging es nie in erster Linie um Territorium. Die Hauptgründe für die Invasion waren, die Ukraine aus der NATO herauszuhalten und – aus Sicht des Kremls – die ethnisch russische Bevölkerung im Donbas zu schützen. Die früheren Minsker Abkommen sollten eigentlich Letzteres regeln. Erst als die Ukraine deren Umsetzung versäumte, die USA keinen Druck auf Kiew ausübten, diese umzusetzen, und Europa die Abkommen lediglich als Verzögerungstaktik nutzte, um die Ukraine für einen Krieg gegen Russland aufzurüsten, betrachtete Moskau die Annexion des Donbas als notwendige Lösung. Auch wenn es im Krieg nie grundlegend um Territorium ging, dreht sich ein ausgehandeltes Kriegsende zu einem grossen Teil genau darum. Russland wird seinen Angriff nicht beenden, bevor der Donbas russisch ist.
Washington ist möglicherweise bereit, diese Realität als notwendige Voraussetzung für ein diplomatisches Kriegsende anzuerkennen. Präsident Donald Trump äusserte kürzlich, dass es zu einem ausgehandelten Frieden kommen werde, die Ukraine am Ende jedoch «eine etwas andere Gestalt» haben werde.
Berichten zufolge gehen US-Vertreter davon aus, dass Kiew hinter verschlossenen Türen Flexibilität in dieser Frage gezeigt hat. Kiews Bereitschaft, einen Gebietsverzicht in Erwägung zu ziehen, ist jedoch an die Forderung nach starken Sicherheitsgarantien geknüpft.
Dennoch erklärte eine ukrainische Quelle nach den Gesprächen in Abu Dhabi gegenüber dem ‹Telegraph›, die Ukraine werde die russische Kontrolle über ukrainisches Territorium «niemals anerkennen – weder de facto noch de jure». Moskau mag zwar keine de jure-Anerkennung seiner Kontrolle über den Donbas verlangen, doch eine Ablehnung der de facto-Anerkennung bedeutet, dass der Krieg weitergeht.
Am ersten Tag der Gespräche in Abu Dhabi schrieb Selensky auf X, dass es bei der Idee, «ukrainisches Land gegen Frieden einzutauschen», nicht um die ‹Realität› gehe, sondern lediglich um ‹abstrakte Worte›. Er kritisierte, dass die Amerikaner zwar fragen: «Könnt ihr den Donbas gegen Sicherheit eintauschen?», Sicherheit dann aber als «nicht NATO, aber ähnlich wie NATO» definieren.
Damit hat er nicht Unrecht. Doch mehr ist für ihn nicht zu erreichen. Putin wird einen Krieg, der darauf abzielt, die Ukraine aus der NATO (und die NATO aus der Ukraine) fernzuhalten, nicht dadurch beenden, dass er Sicherheitsgarantien für die Ukraine im Rahmen von Artikel 5 des NATO-Vertrags akzeptiert. Die USA haben jedoch unmissverständlich klargestellt, dass sie dem ebenfalls nicht zustimmen werden. Sowohl republikanische als auch demokratische Regierungen haben deutlich gemacht, dass sie keinen direkten Krieg mit Russland wegen des Donbas führen würden. Und Europa hat durch sein Handeln verdeutlicht, dass es die Sicherheit der Ukraine ohne massgebliche Unterstützung der USA weder garantieren will noch kann. Es fehlen dazu die Truppen, die technologischen Fähigkeiten sowie die finanziellen Mittel.
Die besten Sicherheitsgarantien, die die Ukraine voraussichtlich erhalten kann, sind Zusagen, die hinter einer NATO-Mitgliedschaft zurückbleiben: Eine abgeschwächte Form von Artikel 5 – «ähnlich wie bei der NATO» –, ergänzt durch Sicherheitszusagen, die mit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union einhergehen. Ironischerweise bestünde die stärkste Sicherheitsgarantie für die Ukraine darin, dass die NATO ihre Tür für das Land verschliesst. Dies würde Russlands eigene Sicherheitsbedenken verringern und den Prozess zur Etablierung einer umfassenderen europäischen Sicherheitsarchitektur einleiten, die nun offenbar zur Debatte steht.
Damit die Ukraine überleben kann, muss der Krieg jetzt beendet werden. Das bedeutet – ob gerecht oder ungerecht –, dass die russische Kontrolle über den Donbas hingenommen und eine NATO-Mitgliedschaft von der Tagesordnung gestrichen werden muss. Nach dem Ende des Krieges würde die Ukraine auf dem Grossteil ihres Territoriums ein souveräner Staat bleiben und könnte sich dem Westen zuwenden – auf einem Weg, der in die Europäische Union führt. Sie wird zwar nicht über den Donbas verfügen und nicht Teil der NATO sein, aber sie wird auch nicht an ein Russland grenzen, das sich bedroht fühlt.
erschienen am 15. November 2026 auf > The American Conservative > Artikel / Ted Snider ist Redakteur bei The American Conservative. Zudem schreibt er regelmässig für Responsible Statecraft und andere Publikationen.
Archiv > Artikel von Ted Snider auf antikrieg.comQuelle: https://antikrieg.com/aktuell/2026_11_15_derkrieg.htm



Die öffentlich-rechtliche Gehirnwäsche-Anstalt – wirkmächtigster Feind der Demokratie

Hwludwig, Veröffentlicht am 14. November 2026

Wer den Bürger als Souverän der Demokratie systematisch nur selektiv informiert, ihm wichtige Tatsachen vorenthält, ihn täuscht, desinformiert und im Dienste der Herrschenden Propaganda betreibt, greift die Demokratie in ihrem Zentrum an: Im Bewusstsein des Menschen, dem er den Boden der Wirklichkeit entzieht, in Illusionen versetzt und zum permanent manipulierten Objekt in der Hand der Mächtigen macht. Der Journalist und Insider Michael Jung hat jetzt ein überfälliges Buch ‹Rechtsfreier Rundfunk: Wie ARD & Co. durch Mobbing, Korruption und Desinformation unsere Verfassung mit Füssen treten› herausgebracht, in dem mehr als 300 Fälle von Manipulation, Täuschung. Machtmissbrauch und Kontrollversagen dokumentiert werden.

Mitgeholfen haben die Journalisten Ole Stambraks und Martin Ruthenberg.
Und der Medien-Wissenschaftler Prof. Michael Meyen hat das Vorwort geschrieben.

Der Rubikon-Verlag schreibt zu dieser ungeheuer wichtigen Veröffentlichung:
«Mehr als zwei Drittel der Deutschen haben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ihr Vertrauen entzogen. Sie wissen, warum. Denn wenn Thomas Gottschalk ähnliche Probleme anspricht wie Ken Jebsen, Günther Jauch wie Eva Herman und Dieter Nuhr wie Peter Hahne, dann geht es längst nicht mehr um bedauerliche Pannen, Ausrutscher und Einzelfälle. Dann geht es um ein mit Beitragsmilliarden finanziertes politisches System, das seinen Verfassungsauftrag längst ins Gegenteil verkehrt hat: Statt Demokratie vorzuleben, zu ermöglichen und zu schützen, untergräbt, bekämpft und beschädigt es sie. Statt in unserem Namen die Mächtigen zu kontrollieren, kontrolliert es in deren Namen uns.
Michael Jung dokumentiert mehr als 300 konkrete, teils erschreckende Fälle von Manipulation, Täuschung, Machtmissbrauch und Kontrollversagen aus über einem Jahrzehnt. Und macht endlich für jedermann verständlich, wie dieses System funktioniert. Sein Befund ist vernichtend: Dieser Rundfunk ist nicht mehr zu retten. Er gehört abgeschafft und neu gedacht.»

Stimmen zum Buch:

«Auf dieses Buch hat Deutschland gewartet. Man kann nur hoffen, dass es bei der Bundeszentrale für Politische Bildung nachgedruckt wird und in jeder Schule, in jeder Redaktion und auf jedem Schreibtisch in den vielen deutschen Ministerien landet.»

Dr. Ulrike Guérot, Politikwissenschaftlerin

«Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist am Ende. Genauer: Am Ende ist die Erzählung von einem Rundfunk, der uns allen gehört und von uns allen gern bezahlt wird, weil er buchstäblich alles auf die Bühne bringt, was die Menschen im Land umtreibt und uns so hilft, gute Entscheidungen zu treffen. Michael Jung wollte

wissen, ob er ein Einzelfall ist, und hat aus dieser Frage die Energie für eine einzigartige Dokumentation gezogen, die Ihnen und damit uns allen jetzt erlaubt, die Debatte um die Medienzukunft auf ein ganz neues Fundament zu stellen.»

Prof. Michael Meyen, Kommunikationswissenschaftler

«Am eigenen Leib habe ich erlebt, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk Tatsachen mitunter in ihr Gegenteil verkehrt. In meinem Buch ‹Das indoktrinierte Gehirn› beschreibe ich, wie Leitmedien vor allem durch Angst unsere mentale Freiheit angreifen, und ziehe Vergleiche zu Orwells ‹1984› – jener Dystopie, in der kein Gedanke mehr erlaubt ist, der das vorgegebene Narrativ anzweifelt, und die Vergangenheit rückwirkend verändert wird. Wie sehr Angst auch in den Funkhäusern das eigenständige Denken lähmt, macht Michael Jung in diesem Buch deutlich. Für regelrecht notwendig halte ich es aber vor allem aus einem Grund: Es bündelt hunderte Fälle zu einer Chronik, in der sich über rund 90 Sender und annähernd 50'000 Beschäftigte hinweg ähnliche pathologische Muster replizieren – eine Diagnose des Systems, die sich nicht länger als Reihe bedauerlicher Einzelfälle abtun lässt.»

Dr. Michael Nehls, Molekulargenetiker

«Journalistisch entkernt, propagandistisch aufgeladen und hochgradig manipulierend: Mit dieser ‹Berichterstattung› sieht sich die Öffentlichkeit konfrontiert. Zombiejournalismus – quer durch die deutschen Medien. Dieses Buch dokumentiert das ‹journalistische› Grauen.»

Marcus Klöckner, Soziologe

«Lückenpresse? Lügenpresse? Das greift zu kurz. Der Skandal ist nicht die Ausnahme – sondern das System. Hunderte dokumentierte Fälle zeigen ein verstörendes Muster aus Mobbing, Korruption und Desinformation. Ein Buch, das eine überfällige Frage stellt: Wer schützt die Demokratie vor ihren Meinungsmächtigen?»

Dr. Helmut Sterz, Toxikologe

‹Rechtsfreier Rundfunk: Wie ARD & Co. durch Mobbing, Korruption und Desinformation unsere Verfassung am 30. November mit Füssen treten› von Michael Jung, Martin Ruthenberg und Ole Skambraks, 19,99 €. Das Buch erscheint am 30. November.

Quelle: https://fassadenkratzer.de/2026/11/14/die-offentlich-rechtliche-gehirnwasche-anstalt-wirkmachtigster-feind-der-demokratie/

Teures Harakiri

Europäische Union will in der Ukraine verbluten lassen

Autor: Uli Gellermann/Datum: 12.11.2026

Die EU will 300 Millionen Euro investieren, um Soldaten in den Ukrainekrieg zu schicken. Der Befehlshaber dieser Selbstmordaktion ist der Europäische Rat: Ein Gremium, das von niemandem gewählt wurde. In ihm sitzen Staats-und Regierungschefs der EU, an seiner Spitze existiert die blutige Ursula von der Leyen. Laut Berichten des ukrainischen Militärgeheimdienstes (HUR) und westlicher Geheimdienste produziert die russische Rüstungsindustrie trotz internationaler Sanktionen monatlich über 200 ballistische Raketen und Marschflugkörper.

Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt

Die russischen Streitkräfte verfügen laut aktuellen Angaben über rund 1,32 bis 1,55 Millionen aktive Soldaten sowie etwa 2 Millionen Reservisten und rund 554'000 paramilitärische Kräfte. Viele dieser Soldaten sind kampferprobt. Ihre Bewaffnung gilt als exzellent. Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt und fertigt im grossen Stil Panzer und Munition. Nach Einschätzungen ukrainischer Militärexperten hat sich Russlands Produktionskapazität für seine beiden wichtigsten Marschflugkörperlinien, die Kh-101 und die Kalibr, im Vergleich zur Zeit vor dem russisch-ukrainischen Konflikt um das 5- bis 6-fache erhöht.

Russland stellt sich neu auf

Es war der Nato-Generalsekretär Mark Rutte, der sich der ‹New York Times› gegenüber verwundert über das industrielle Potenzial des grössten Landes der Welt geäussert hat: «Russland stellt sich in einer Geschwindigkeit neu auf, die in der jüngeren Geschichte beispiellos ist. Sie produzieren jetzt in drei Monaten dreimal so viel Munition wie die gesamte Nato in einem Jahr.» Nach Angaben des ukrainischen Militärgeheimdienstes (GUR) plant Russland für 2026 die Produktion von 60'000 Langstreckendrohnen und 50'000 Köderdrohnen. Das würde die Kapazitäten früherer Jahre um ein Vielfaches übersteigen. Laut der ‹Ukrainska Pravda› hat sich die Zahl der Shahed-Drohnenangriffe seit 2024 bereits mehr als verzehnfacht.

Die Moral der russischen Soldaten

Aber es sind nicht primär die Anzahl der Soldaten und der Waffensysteme, die für die Überlegenheit der Russen sprechen. Es ist die Moral der russischen Soldaten, die ihre Heimat gegen die NATO verteidigen, die der russischen Armee den entscheidenden Vorteil verschaffen. Denn was auch immer die westliche Propaganda verbreitet: Mit dem Versuch, die Ukraine in das westliche Militärbündnis zu integrieren, hat die NATO den Bogen überspannt. Und die NATO-Strategen unterschätzen das historische Gedächtnis der Russen. Man erinnert den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion: Anfängliche Geländegewinne der Deutschen machte die Lage für die Russen kompliziert. Auch deshalb kann und wird es heute kein Zögern geben.

Aktive Verteidigung

Mit dem Konzept der ‹Aktiven Verteidigung› (Aktiwnaja Oborona) wird der potenzielle Gegner bereits weit ausserhalb des russischen Kernlands angegriffen, um seine Operationsfähigkeit im Konfliktfall frühzeitig zu lähmen und Kämpfe vom eigenen Staatsgebiet fernzuhalten. Ein Zeichen für die deutschen Kriegsvorbereitungen ist die ‹Reform der Nachrichtendienste›, die am kommenden Freitag im Bundestag verabschiedet werden soll. Neben innenpolitischen Überlegungen geht es um die Straffung und Zentralisierung der Dienste für den Kriegsfall. Es geht um Ruhe im Innern für die Aggression nach aussen.

‹Mission› für den Krieg

Mit der Verlegung des EUMAM-Missionshauptquartiers auf ukrainisches Territorium werden die EU-Streitkräfte immer näher an Russland geschoben. Die European Union Military Assistance Mission Ukraine (EUMAM UA) ist die Militärhilfemission der Europäischen Union für die Ukraine. Sie wurde am 17. Oktober 2022 eingerichtet und am 15. November 2022 eingeleitet. Das Hauptziel der ‹Mission› ist die Ausbildung ukrainischer Streitkräfte auf dem Territorium von EU-Mitgliedstaaten. Das Wort ‹Mission› ist der Tarnbegriff blutigen Preis zahlen für Kriegsvorbereitung. Die Russen werden sich nicht „missionieren“ lassen. Wer das ignoriert, wird einen blutigen Preis zahlen.
Quelle: https://www.rationalgalerie.de/home/teures-harakiri



Die Bevölkerungsexplosion

Das ungebremste Bevölkerungswachstum hat Pakistan jährlich mindestens 2–3 Prozentpunkte seines BIP gekostet.

Zulfiquar Y Rao | Dialog | 14. Dezember 2025

In den letzten drei Jahrzehnten, also von 1995 bis 2025, ist Pakistans Bevölkerung so rasant gewachsen, dass sie sich von rund 110 Millionen im Jahr 1995 auf rund 240 Millionen im Jahr 2025 mehr als verdoppelt hat. Gleichzeitig lag das durchschnittliche jährliche BIP-Wachstum bei rund 4,2 Prozent – angesichts der politischen und sicherheitspolitischen Lage in und um Pakistan ein durchaus akzeptables Ergebnis. Allerdings zwang das Bevölkerungswachstum von 2,3 Prozent in diesem Zeitraum die Regierung, die stetig steigenden laufenden Kosten im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich und in anderen Sektoren zu tragen. Dadurch blieben kaum Mittel für Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen übrig.

Leider ist uns noch immer nicht vollständig klar, wie dieses ungebremste Bevölkerungswachstum den Lebensstandard der Bevölkerung und die pakistanische Wirtschaft beeinträchtigt hat. Studien verschiedener Organisationen, wie beispielsweise des Population Council und des UNFPA, zeigen, dass Pakistan jährlich mindestens zwei bis drei Prozentpunkte seines BIP verloren hat, das in diesem Zeitraum jährlich bei sechs bis sieben Prozent gelegen haben könnte. Folglich könnte unsere Wirtschaft heute 600 bis 700 Milliarden US-Dollar statt 380 bis 400 Milliarden US-Dollar betragen. Pakistan hätte in diesem Zeitraum nicht auf die zahlreichen Hilfsprogramme des IWF angewiesen sein müssen.

Abgesehen von den Zahlen war es schmerzlich mitzuerleben, wie die Menschen im Alltag unter den Folgen des rasanten Bevölkerungswachstums litten. Die hohe Wachstumsrate führte zu Hunderttausenden von Arbeitssuchenden, weit mehr als verfügbare Stellen. Laut der Arbeitskräfteerhebung 2024/25 wuchs die Erwerbsbevölkerung in den letzten vier Jahren von rund 72 Millionen auf rund 83 Millionen. Das entspricht etwa 2,8 Millionen neuen Erwerbstätigen pro Jahr. Gleichzeitig stieg die Zahl der Beschäftigten von rund 67 auf rund 77 Millionen, was bedeutet, dass durchschnittlich rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze jährlich geschaffen wurden. Infolgedessen stieg die Zahl der Arbeitslosen von 4,5 Millionen im Jahr 2021 auf 5,9 Millionen im Zeitraum 2024/25; ganze 1,4 Millionen Menschen kamen zu der bereits grossen Zahl an Arbeitslosen hinzu.

Aufgrund des alarmierend hohen Bevölkerungswachstums und der hohen Arbeitslosigkeit weist Pakistan eine sehr hohe Abhängigkeitsquote von rund 69 Prozent im erwerbsfähigen Alter auf. Das bedeutet, dass auf 100 Erwerbstätige etwa 69 Angehörige kommen, die von ihren Angehörigen abhängig sind. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle Erwerbstätigen auch ein Einkommen erzielen. Zum Vergleich: In Bangladesch und Indien liegen die Abhängigkeitsquoten bei rund 52 bzw. 46 Prozent. Die hohe Abhängigkeitsquote erschwert es den Haushalten enorm, Mittel für Gesundheit und die Bildung ihrer Kinder aufzubringen, geschweige denn Ersparnisse anzulegen. Aus diesem Grund gehen in Pakistan weiterhin über 25 Millionen Kinder nicht zur Schule – die zweithöchste Zahl weltweit.

Auf Makroebene stand der Staat vor enormen Herausforderungen bei der Suche nach Ressourcen für Investitionen in die menschliche Entwicklung – ähnlich wie die Menschen auf Haushaltsebene. Die bescheidenen Investitionen der Regierungen in Bildung und Gesundheit erwiesen sich angesichts des ungebremsten Bevölkerungswachstums als unzureichend. Der Bedarf an Gesundheitsversorgung, Bildung und beruflicher Qualifizierung konnte angesichts des Bevölkerungsdrucks nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ nicht gedeckt werden. Kurz gesagt: Wir haben Arbeitskräfte, von denen die Mehrheit schlecht ausgebildet, nur nominell qualifiziert und gesundheitlich angeschlagen ist. Die meisten neuen Arbeitskräfte landen in informellen, wenig produktiven Jobs, was den Pool an unqualifizierten Arbeitskräften vergrössert und zu einer unsicheren Einkommenszukunft und fast sicherer Armut führt.

In diesem Zeitraum litt Pakistan, insbesondere nach 2001, auch massiv unter der Bedrohung durch den Terrorismus. Es mag überraschend klingen, aber die wirtschaftlichen Verluste Pakistans durch Terrorismus sind geringer als jene durch das ungebremste Bevölkerungswachstum. Laut Finanzministerium verursachten Terroranschläge im Zeitraum von 2001 bis 2015 Verluste in Höhe von rund 150 Milliarden US-Dollar – die schlimmste Periode in der Geschichte der inneren Sicherheit des Landes.

Andererseits waren die Kosten des ungebremsten Bevölkerungswachstums schleichend, stetig und haben sich über Jahrzehnte hinweg immer weiter erhöht. Sie führten zu systemischen Schäden, sinkenden Pro-Kopf-Einkommen, Ressourcenknappheit und einer Überlastung der Infrastruktur. Da das Bevölkerungswachstum das Wirtschaftswachstum kontinuierlich übertraf, stagnierte die Wirtschaft, und Wohlstand für die breite Bevölkerung blieb ein ferner Traum. Der Rückgang des jährlichen BIP-Wachstums Pakistans um 2–3 Prozentpunkte in den letzten drei Jahrzehnten aufgrund des rasanten Bevölkerungswachstums, wie bereits erwähnt, summierte sich zu einem Gesamtverlust von mindestens 2,5 Billionen US-Dollar. Das entspricht dem Verlust von mehr als sechs Jahren des aktuellen BIP-Wachstums.

Pakistan darf sich nicht mit leeren Reformversprechen zufriedengeben, sondern muss in zwei Bereichen gleichzeitig entschlossen handeln: Zum einen muss die Wirtschaft ausgebaut werden, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die Einkommen der Bevölkerung zu steigern. Zum anderen muss Familienplanung, also die Förderung kleiner Familien, vorangetrieben werden. Pakistan kann dabei von anderen islamischen Ländern lernen. Die Provinzregierungen müssen ihre Sozialprogramme an eine kleine Familiengrösse knüpfen. Wenn es uns nicht gelingt, das Bevölkerungswachstum einzudämmen und gleichzeitig die Wirtschaft auszubauen, wird Pakistans Bevölkerung im Jahr 2050 bei rund 400 Millionen liegen. Eine solche Bevölkerungsgrösse wird Pakistan mit vielen Millionen ungebildeter und unterernährter Jugendlicher zurücklassen. Dies stellt zweifellos eine existenzielle Bedrohung für Frieden, Ordnung, Demokratie und den Staat dar.

Der Autor ist Soziologe und verfügt über umfangreiche Erfahrung in der Sozialpolitik und Entwicklungszusammenarbeit. Er ist unter Zulfirao@yahoo.com erreichbar.

The population explosion
Unchecked population growth rate has cost Pakistan

no less than 2-3 percentage points annually in its GDP

Zulfiquar Y Rao| Dialogue | December 14, 2025

Over the last three decades, i.e. from 1995 to 2025, Pakistan's population has increased so rapidly that it has more than doubled from ~110 million in 1995 to ~240 million in 2025. Meanwhile, the average annual GDP growth rate was ~4.2 percent, not too bad given the political and security situation in and around Pakistan. However, our population growth rate of 2.3 percent during this period forced the government to support the ever-rising recurring costs in health, education and other sectors, leaving very little to invest in economic development and jobs creation.

Sadly, we still don't have a full idea of how this unchecked population growth rate has stunted the living standard of people on one hand and our national economy on the other. Studies by various organisations, such as Population Council and UNFPA, indicate that Pakistan has lost no less than 2-3 percentage points annually in its GDP that could have been in the range of 6-7 percent annually throughout this period. Consequently, the size of our economy today could have been $600-700 billion, rather then $380-400 billion. Pakistan would not have needed the half a dozen bailout programmes from the IMFduring this period.

Beyond the numbers, it has been painful to watch how people had to suffer the consequences of rapid population growth in their daily lives. The high population growth rate kept adding hundreds of thousands of job seekers far, more than the available jobs. According to the Labour Force Survey 2024-25, the labor force grew from ~72 million to ~83 million in the last four years. This means ~2.8 million new entrants every year. Meanwhile, the number of employed people increased from ~67 to ~77 million, which means ~2.5 million jobs were created annually on average. As a result, the number of unemployed job seekers rose from 4.5 million in 2021 to 5.9 million in 2024-25; as many as 1.4 million new people were added to the already large unemployed population.

It is for the alarming high rates of population growth and unemployment that in Pakistan we see a very high working age dependency ratio at ~69 percent, meaning there are about 69 dependents for every 100 working-age individuals. Remember, not all working-age individuals are earning individuals. For comparison, Bangladesh and India have dependency ratios of ~ 52 percent and ~46 percent, respectively. The high dependency rate makes it extremely difficult at household level to find resources for health and children education, let alone any savings: the reason why we continue to have over ~25 million children out of schools, the second highest globally.

At macro-level, the state faced severe challenges in finding resources to invest in human development; similar to what people faced at household level. Whatever modest investment governments made in education and health sectors proved was insufficient in the face of unbridled population growth. Not only did it fail to meet the health, educational and skill development needs in quantitative terms but in qualitative terms too, given the pressure of population. Long story short: we ended up with workers of which a majority is poorly educated, only nominally trained and in poor health. Most of the new labour force entrants end up in informal, low-productivity jobs, expanding the unskilled labour pools, with an uncertain income future and near certain poverty.

Over the period, Pakistan also suffered immensely from the menace of terrorism, especially after 2001. It might sound shocking but the economic losses incurred by Pakistan from terrorism are lower than those from the unrestrained population growth. According to the Ministry of Finance, terrorist incidents caused around $150 billion losses during 2001-2015, the worst period in the country's internal security history.

On the other hand, the cost of unchecked population growth has been insidious, constant and compounding over the decades with systemic damage, eroding per capita income, resource depletion and infrastructure strain. As population growth consistently outpaced economic growth, the economy stagnated and prosperity for masses remained a distant dream. The lost 2-3 percent points in Pakistan's annual GDP growth rate over the last three decades because of rapidly growing population, as mentioned earlier, compounded to a cumulative loss of at least $2.5 trillion. That's like losing more than six years of our GDP at current size.

Pakistan must not be contented with cliched reforms rhetoric but act on war footing in two areas at the same time: one is expanding the economy for more jobs creation and increase in people's incomes. The second is family planning i.e. promotion of small family size. It can easily learn from other Islamic countries. The provincial governments must make their social protection programmes conditional on a small family size.

If we fail to rein in the population growth and expand the economy simultaneously, Pakistan's population will be around 400 million in 2050. Such a population size will leave Pakistan with many more millions of uneducated, undernourished youth. It goes without saying that this will pose an existential challenge to peace, order, democracy and the state.

The writer is a sociologist with extensive work in social policy and development. He's accessible at Zulfirao@yahoo.com

Quelle/Source: https://www.thenews.pk/tns/detail/1386356-the-population-explosion

Die Erlaubnis zur Wiederveröffentlichung wurde am 14. November 2026 vom Autor Zulfi Rao per E-Mail an Achim Wolf erteilt.

Zuschrift eines Freundes aus Brasilien:

Lieber Lehrer und Freund Billy
Ich habe diese Fotomontage anhand eines echten Fotos einer Soldatin aus den USA erstellt, die als Killerin bekannt ist. Ich habe diese dreisprachige Fotomontage gemacht, um sie auf meiner Instagram-Seite zu posten. B.J.







INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

19.11.2026



«Die, die an der Macht sind, wollen und brauchen Krieg»: Hans-Joachim Maaz im Gespräch mit Jasmin Kosubek. © Youtube/Jasmin Kosubek

Psychoanalytiker Maaz: Kriegslust als Folge eines Gefühlsstaus

Mit 83 Jahren erlebt Hans-Joachim Maaz die Gegenwart als ‹Davor› eines grossen Krieges und sucht die Ursachen in der Psyche.

Manfred Böhm

Die Gegenwart ist von einer spürbaren, tiefgreifenden Verunsicherung geprägt. Angesichts einer eskalierenden globalen Krisen- und Kriegsdynamik stellt sich die drängende Frage, warum die Menschheit scheinbar unaufhaltsam in alte, destruktive Muster zurückfällt. Der Psychiater und Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz liefert hierzu eine unbequeme Antwort: Die akute Kriegsgefahr sei kein rein geopolitisches Problem, sondern der äussere Spiegel einer kollektiven seelischen Erkrankung. In seinem Buch ‹Friedensfähigkeit und Kriegslust› und im Youtube-Interview ‹Deutschland wiederholt gerade seine schlimmsten Fehler› mit Jasmin Kosubek seziert Maaz die psychologischen und systemischen Mechanismen, die uns den Frieden kosten.

Die psychologischen Wurzeln von Krieg und Frieden

Krieg beginnt nicht auf dem Schlachtfeld, sondern in der menschlichen Psyche. Nach Maaz sind äussere Konflikte und gesellschaftliche Spaltungen das Resultat unbewältigter innerer Konflikte des Einzelnen. Wenn traumatische Erfahrungen, Ohnmachtsgefühle und frühe emotionale Verletzungen nicht therapeutisch verarbeitet werden, entsteht ein immenser seelischer Druck.

Um das eigene verletzte Selbstwertgefühl zu stabilisieren, greift ein klassischer psychologischer Abwehrmechanismus: Die eigenen Schattenseiten und Aggressionen werden auf ein äusseres «Böses» projiziert. Die so entstehende ‹Kriegslust› ist somit eine gefährliche Kompensation von Ohnmacht. Verstärkt wird dies durch eine kollektive Fehlentwicklung, die Maaz als ‹Normopathie› bezeichnet. Hierbei definieren Menschen ihren Wert ausschliesslich über Anpassung und das Funktionieren im System. Diese Entfremdung vom eigenen Fühlen macht Gesellschaften extrem empfänglich für Propaganda, Konformismus und die unkritische Akzeptanz von Feindbildern. Maaz zieht hier deutliche historische Parallelen: Dass heute erneut Russland zum Feind erklärt werde, betrachtet er als ‹reine Psychiatrie› und als Warnsignal.

Biografie als Friedens-DNA und die Tragik der Gegenwart

Im Gespräch mit Jasmin Kosubek verleiht Maaz seinen Thesen eine zutiefst persönliche Note. Aufgewachsen in den Trümmern der Nachkriegszeit und geprägt von der Vertreibung seiner Eltern, wurde das Credo «Nie wieder Krieg!» zu seiner psychischen DNA. Mit 83 Jahren zieht er jedoch eine schmerzhafte Bilanz: Während er zeitlebens nur das ‹Danach› eines Krieges kannte, erlebt er die aktuelle Situation als ein ‹Davor› – ähnlich der Zeit vor einem Krieg.

Aus dieser Lebenserfahrung leitet er eine unmissverständliche Mahnung ab. Friedensfähigkeit ist kein theoretisches Konstrukt, sondern erfordert die schonungslose, altersunabhängige Auseinandersetzung mit den eigenen Unzulänglichkeiten. Wie schwer das selbst für einen erfahrenen Therapeuten ist, gesteht er im Interview offen ein: «Ich war nicht genug Vater.» Nur wer gelernt hat, die eigenen Verletzungen und das eigene Scheitern zu verstehen, anstatt sie an Partnern, Kindern oder der Gesellschaft auszuagieren, ist psychisch überhaupt in der Lage, echten Frieden zu stiften.

Der ‹Gefühlsstau› und das Versagen der Diplomatie

Ein zentraler Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen Eskalation ist das von Maaz geprägte Konzept des Gefühlsstaus. Wenn kollektive Ängste, Kränkungen und unterdrückte Sorgen in einer Gesellschaft keinen gesunden Raum zur Artikulation finden, stauen sie sich an. Die Entlastung dieses psychischen Drucks erfolgt heute über die Konstruktion starrer, moralisierender Feindbilder.

Die Konsequenz ist eine gefährliche Verengung des Denkens, die zu einem Totalausfall diplomatischer Vernunft führt. Maaz warnt eindringlich davor, dass der friedliche, kompromissbereite Dialog zunehmend tabuisiert oder blockiert wird. Das bewusste Wegsehen der Bevölkerung verurteilt er scharf: Früher habe man argumentiert, von Gräueltaten nichts gewusst zu haben, heute sei diese Ausrede nicht mehr haltbar. Wenn eine Gesellschaft den Fokus fast ausschliesslich auf Rüstung und Waffengewalt lenkt, hat sie laut Maaz die Fähigkeit verloren, Konflikte auf der Beziehungsebene zu lösen.

Das Wirtschaftssystem als Kriegstreiber

Maaz belässt es nicht bei der Individualpsychologie, sondern erweitert seine Analyse im Interview um eine scharfe Systemkritik. Er bettet die psychische Krise der Menschen in die strukturelle Krise des globalen Wirtschaftssystems ein. Ein finanzkapitalistisches System, das auf permanenter Überschuldung und grenzenlosem Wachstum basiert, stösst unweigerlich an seine Grenzen.

In dieser Phase des Niedergangs werde der Krieg zu einer systemischen Option, um von internen, unlösbaren Systemfehlern abzulenken. Maaz stellt dazu die provokante These auf: «Die, die an der Macht sind, wollen und brauchen Krieg.» Den Versuch, die kriselnde Wirtschaft zu stabilisieren, indem die Industrie von der Auto- auf die Waffenproduktion umgestellt wird, bezeichnet er als irrealen Wahnsinn. Rüstungsgüter seien verlorene Investitionen ohne gesellschaftlichen Mehrwert. Sie produzierten lediglich Tod und Zerstörung, dienten den Herrschenden jedoch als illusionärer Rettungsversuch für einen anschliessenden ‹System-Reset›.

Der psychotherapeutische Weg zum Frieden

Die Analyse von Hans-Joachim Maaz läuft auf einen Kernsatz hinaus: Wer den Frieden im Aussen will, muss den Krieg im Innern beenden. Rüstung und militärische Abschreckung sind für ihn Scheinlösungen, die den zugrundeliegenden Gefühlsstau nur weiter anheizen.

Den Ausweg sieht Maaz in einer radikalen Kehrtwende hin zu einer gesunden Beziehungskultur. Das bedeutet:

- Die Überwindung der angstgesteuerten Spaltung in Gut und Böse durch die kompromisslose Rückkehr zu echtem, diplomatischem Dialog.

- Die Förderung einer Erziehung, die auf emotionaler Verbundenheit, Würde und ehrlicher Spiegelung basiert, um die nächste Generation gegen Manipulation zu immunisieren.
- Die individuelle Verantwortung jedes Einzelnen, die eigenen seelischen Wunden zu reflektieren, anstatt sich als Werkzeug für kollektive Feindbilder missbrauchen zu lassen.

Deutschland, so Maaz, wiederhole gerade seine schlimmsten Fehler. Frieden ist kein Zustand, den man herbeibomben kann. Er ist das Ergebnis psychischer Reife, sozialer Verantwortung und des Mutes zur Selbsterkenntnis.

Die Verbindung der Menschen!

Wenn jeder Mensch eins mit sich selbst und mit den Mitmenschen ist sowie mit der Natur und dem Leben, dann lebt er in wahrem Frieden, trägt diesen in die Welt hinaus und erschafft dadurch positive Wellen, die sehr viele wertvolle Veränderungen bringen und die Mitmenschen beflügeln gleichermassen zu denken, zu fühlen und sie empfinden zu lassen, fortan in grundehrlichem Sinn und redlich in Frieden zu leben.
3. Feb. 1944, Edi, Niederflachs 1253, Bülach

Nur wer sich der Verantwortung widmet
und diese wahrnimmt, wird Erfolg haben.
3. Februar 1946, Edi, Niederflachs 1253, Bülach

Wissen, nicht glauben

Der Mensch muss stets wissen,
dass er die Wirklichkeit und auch
deren Wahrheit kennen soll und
sich einzig darauf, jedoch niemals
in irgendeiner wirren Weise auf
einen Glauben verlassen darf.
SSSC, 13. September 2014,
22.57 h, Billy

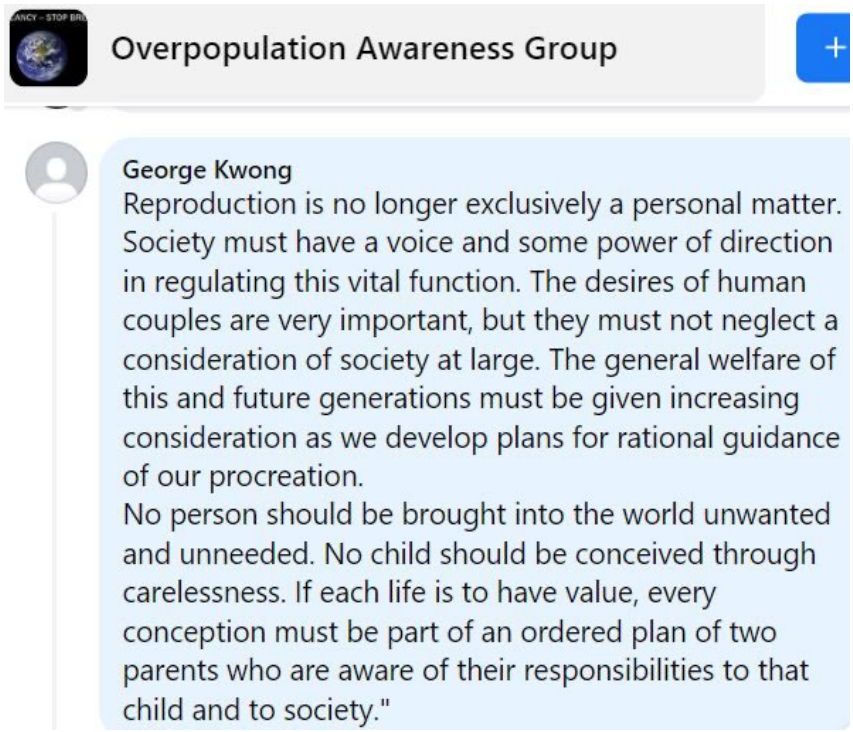
Was ist das Böse des Glaubens?

Das Böse ist wie ein Fährmann, der in schlechter Absicht seine Passagiere in gefährliche, strudelnde Gewässer führt und sie darin ertrinken lässt.
SSSC, 14. September 2014,, 00.03 h, Billy

Was ist das Böse?

Was ist das Böse? Es ist
wie ein Fährmann, der in
schlechter Absicht seine
Passagiere in gefährliche,
strudelnde Gewässer führt
und sie darin ertrinken lässt.
SSSC, 14. September 2014
00.03 h, Billy

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle:https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562&notif_id=1710329001813654&notif_t=group_comment



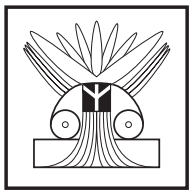
Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.
Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symboles, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.
Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der ‹eigenen› Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die ‹Botschaften› der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmässig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.
Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



Das existierende und weltweit kursierende falsche ‹Friedenssymbol› mit der Todesrune, das wahrheitlich einem ‹Todessymbol› und ‹Hasssymbol› entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.
So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche ‹Friedenssymbol› – das keltische ‹Todesrunesymbol› – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.
Das Symbol ‹Tod, Todesexistenz›, auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als ‹Friedenssymbol› interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen ‹Todessymbols› mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.
Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich ‹umschreibt›, weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symboles umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol ‹spricht› auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand ‹beschreibt›, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol ‹Tod, Todesexistenz› beinhaltet das Symbol ‹Frieden› eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.
Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.

Das falsche Symbol, die Todesrune, ☮ schafft Unfrieden, Hass und Unheil

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol ‹Frieden›

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MИР
PAIX
PAZ

EIPHNH
VREDE
平和
שרום
शांति
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es Ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber
Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:
FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:
info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber ------der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.

IMPRESSUM
FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN
Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org

creative commons
BY NC ND
© FIGU 2026
Einige Rechte vorbehalten.
Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.
Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz